

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen ober deren Raum 60 Bfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 90 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Bfg., jedes weitere Wort 10 Bfg. Stellengelände und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zu Paul Singers Code.

Paul Singer als Kommunalpolitiker.

Wer die Verwaltung der Stadt Berlin mit ihrem Dreihundert-Millionen-Etat sich näher ansieht, wird bald erkennen, wie vielfältig das Gemeindeleben ist und welche ungeheure Arbeit und welche großer Fleiß dazu gehört, sich von dieser Verwaltung jene Kenntnisse anzueignen, die nötig sind, um positiv an der Verwirklichung der städtischen Aufgaben mitzuarbeiten. Ein solcher genauer Kenner der städtischen Verwaltung und ihrer Einrichtungen war unser verstorbener Genosse Paul Singer.

Der Umstand, daß bis Ende des Jahres 1883 in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Sozialdemokratie noch nicht vertreten war, eröffnete unseren im Oktober 1883 zum erstenmal gewählten Genossen, unter denen sich Paul Singer befand, ein großes Feld der Tätigkeit. Wie es bei dem Dreiklassenwahlrecht nicht anders sein konnte, waren vor Eintritt unserer Genossen ins Rote Haus die Interessen der Arbeiterklasse in keiner Weise berücksichtigt worden und besonders in sozialer Beziehung lag nicht weniger als alles im Argen. Mit dem Eintritt unserer Genossen ins Stadtparlament wurde das anders. Die Berliner Arbeiter konnten nunmehr auch ihre Forderungen auf kommunalem Gebiete erheben, und unsere Genossen taten das auch in der unerschrockensten Weise. Zunächst hatten sie einen schweren Stand. Die ersten Jahre waren Jahre der Vergewaltigung. Die freisinnige Mehrheit schloß unsere Genossen von der Vertretung in allen Ausschüssen aus. Aber unsere Freunde unter Führung unseres Paul Singer kämpften Zoll um Zoll, Schritt um Schritt für ihre Gleichberechtigung. Und nicht ohne Erfolg. Immer mehr Terrain gewannen sie unseren Gegnern ab. Eine Konzession nach der andern wurde abgerungen. Und wenn heute die Sozialdemokratie im Roten Hause in fast allen Kommissionen mit einigen wenigen Ausnahmen vertreten ist, und wenn dieser Tage selbst der erste sozialdemokratische Vertreter in das Bureau der Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, so ist das der festen, zielklaren Haltung unserer Freunde und nicht zuletzt dem kraftvollen Auftreten unseres Paul Singer zu danken.

Wie auf diesem Gebiete, so ging es auf allen anderen Gebieten langsam, aber sicher vorwärts. Es hieß die Geschichte der Sozialdemokratie im Roten Hause während der 27 Jahre schreiben, wollte man die Tätigkeit des Genossen Paul Singer in der Kommune darlegen. Es gibt kaum ein Gebiet, auf dem nicht unser toter Freund mitgewirkt hätte. Kaum ein Stadtverordneter kämpfte so entschieden für die Wahrung der Rechte der Selbstverwaltung, wie Singer, mochte es sich um das Bestätigungsrecht der Regierung in Sachen der Schulverwaltung handeln oder um direkte Eingriffe der Eisenbahnverwaltung in die Rechte der Stadt Berlin oder gar um angemaßte Hoheitsrechte der Krone Berlin gegenüber. Immer stand Singer seinen Mann und suchte mit Entschiedenheit diese Uebergriffe abzuwehren.

Und welche große Arbeitskraft verwandte Genosse Singer in Gemeinschaft mit anderen Fraktionsgenossen darauf, um dem Kommunalreformations Reformen sozialer Natur abzutreten! Die großen Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, der Wohnungspolitik, der Arbeiterpolitik, des Schul- und Erziehungswesens, der Armen- und Waisenspflege usw., und nicht zuletzt das städtische Verkehrswesen, sie alle zeugen von der rastlosen vorwärtsdrängenden Tätigkeit Paul Singers im Interesse der Arbeiterklasse. Und diese Tätigkeit übte der Verstorbene aus, ohne seine übrigen Aufgaben als Organisator und Agitator, als Reichstagsabgeordneter zu vernachlässigen. Es kann ohne Uebertriebung gesagt werden, daß die von ihm in der Kommune geleistete Arbeit vorbildlich geworden ist für das Wirken vieler Genossen in den Gemeinden. Singers Rat in kommunalen Dingen hatte weit über die Grenzen Berlins hinaus keinen geringen Wert und wurde oft und gern eingeholt. Selbst die Gegner Singers erkannten seine Arbeit im Dienste der Gemeinde an und brachten das anlässlich des 25-jährigen Jubiläums Singers als Stadtverordneter dadurch zum Ausdruck, daß sie ihm eine Adresse überreichten, die folgenden Wortlaut hat:

Herrn Paul Singer

zur Erinnerung an seine 25-jährige Tätigkeit als Stadtverordneter von Berlin.

Hochgeehrter Herr Kollege!

An dem heutigen Tage blicken Sie auf eine ununterbrochene 25-jährige Tätigkeit als Stadtverordneter unserer Stadt Berlin zurück.

Während dieser ganzen Zeit haben Sie, sobald Sie in die Reihe der gewählten gesetzlichen Vertreter unserer Bürgererschaft getreten sind, sich Ihrem Amte in treuester, eifriger und mühevoller Pflichterfüllung hingegeben.

Sie sind nicht nur stets in unserer Versammlung öffentlich für das, was nach Ihrer Ueberzeugung das Wohl der Stadt und unserer Mitbürger verlangt, in eindringlicher Rede eingetreten, Sie haben auch einer höchst wirksamen und aufopferungsvollen, auf Ihre reichen Kenntnisse gestützten Tätigkeit in vielen städtischen

Deputationen und Ausschüssen unserer Versammlung jederzeit sich hingegeben.

Und wenn auch Ihre Ansichten und Vorschläge bei der Verschiedenheit der Richtungen häufig bei vielen Mitgliedern unserer Versammlung eine sachliche Zustimmung nicht erfahren konnten, so ist Ihre auf feste Ueberzeugung gegründete, eindringliche Mithewaltung, Ihr mit warmer Herzenswärme, Gewissenhaftigkeit und Selbstlosigkeit stets bezichtigtes Eintreten für das Wohl unserer Stadt Berlin und die Rechte ihrer Selbstverwaltung von uns allen immer anerkannt worden.

Wir bringen Ihnen somit zum heutigen Tage die herzlichsten Glückwünsche entgegen, sprechen Ihnen für Ihre der Stadt Berlin treu geleisteten Dienste unseren besten Dank aus und geben und der Hoffnung hin, daß Ihnen, der Sie bei allen Gegnern uns stets ein freundlicher Kollege waren, noch recht lange Zeit des Wirkens, in Kraft und Gesundheit, beschieden sein möge.

Berlin, den 2. Januar 1909.
Stadtverordnete zu Berlin.
gez. Nischelet.

So hoch Genosse Singer auch die Tätigkeit sozialdemokratischer Vertreter in den Gemeindeparlamenten bewertete, so war er sich auch vollkommen klar darüber, daß sie für unsere Partei nur nützlich sein kann, wenn sie gelebt wird auf Grund unseres allgemeinen Parteiprogramms. Unsere Prinzipien sollten nicht verwässert oder gar preisgegeben werden um Erlangung kleiner Augenblickserfolge, eine Gefahr, die in der Kommune leicht eintreten kann.

Wie sehr sich Genosse Singer in seiner umfassenden kommunalpolitischen Tätigkeit immer den Blick fürs große Ganze bewahrte, das beweisen am besten die Worte, die er am Schlusse einer im Jahre 1906 in Berlin abgehaltenen Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter Groß-Berlins ausgesprochen hat und die wir zum Schlusse hierher setzen wollen:

Singer sagte:

„Wir müssen bemüht sein, nicht nur auf diesen Konferenzen und in den Gemeindevertretungen unsere Schuldigkeit zu tun, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß die Partei immer mehr und mehr von der Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Kommunalvertretung überzeugt wird. Vor allem aber dürfen wir auch in der Gemeindearbeit die großen Grundgedanken unserer Partei nie vergeffen. Wir müssen uns in der Gemeindevertretung und in deren Verhandlungen immer bewußt werden, daß wir Sozialdemokraten sind und die Pflicht haben, auch an dieser Stelle nach den Grundsätzen und Forderungen der Partei zu handeln. Dann werden wir auch davor geschützt sein, um kleiner Augenblicksvorteile willen unsere Grundsätze nicht im vollen Umfange zu befolgen. Ist es doch viel besser, daß ein für den Augenblick vorteilhafter Beschluß unterbleibt, als daß wir einem Beschlusse zustimmen, der mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar ist. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß namentlich in den kleinen Gemeinden bei der Kleinarbeit die Gefahr, die großen leitenden Gesichtspunkte unseres Programms aus den Augen zu verlieren, vorhanden ist. Und weil diese Gefahr vorhanden ist, müssen wir um so schärfer darauf achten, daß kein Beschluß gefaßt wird, der von unseren grundsätzlichen Anschauungen aus anschaubar ist.“

Diese Worte können als das kommunalpolitische Testament unseres dahingeshiedenen Genossen gelten, der als einer der ersten die Prinzipien sozialdemokratischer Gemeindepolitik in musterwürdiger Weise vertreten hat und richtunggebend gewesen ist auf diesem wichtigen Gebiete unserer Gegenwart.

Der Nachruf in der bürgerlichen Presse.

Nachdem wir gestern die Stimmen der Berliner Presse wiedergegeben haben, seien heute die Nachrufe der bedeutendsten Blätter außerhalb Berlins wiedergegeben. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat einen Vorkämpfer verloren, den sie ein Menschenalter hindurch auf einen weithin sichtbaren Posten gestellt hatte. Fast dreißig Jahre lang hat Paul Singer in der Kommunalarbeit, im Reichstage und in der Parteileitung der Weltanschauung gedient, der er sich schon in jungen Jahren zugewandt hatte. Es liegt in der Natur des Werdegangs der Sozialdemokratischen Partei und im Wesen ihrer Anschauungen begründet, daß die ihr zufallenden Intelligenzen diese Entwicklung meist erst nach schweren innern Kämpfen und äußern Anstößen nehmen, und für die ältern Führer kam noch hinzu, daß die Arbeiterbewegung selbst sich in den Zeiten ihres Anschlusses in heftiger innerer

Gärung befand. So ist für den einen oder andern die Geschichte seiner eigenen persönlichen Entwicklung zugleich die Geschichte der Partei, von den erbitterten Bruderkämpfen im eigenen Lager durch die mannigfaltigsten Phasen bis zur Klärung und äußerlichen Einheit. Wie ist Bebel von allen diesen Stürmen gerüttelt und geschüttelt worden, wie hat er sie teils selbst entzückt! Er ist schließlich oben auf geblieben und sein Lebensgang entspricht Stufe um Stufe den Verlotungen, den Wirren, den Kämpfen und dem trübenden Erfolge der Parteigeschichte selbst. Ganz anders bietet sich das Bild der Persönlichkeit des verstorbenen Singer. Als er der Berliner Arbeiterbewegung näherrückte, waren die Zeiten der ersten inneren Gärung eben überwunden, er trat nach einfachen Ueberlegungen gewissermaßen ein zur Mitarbeit in geordneten Verhältnissen, hier ist wenig oder nichts, was das Charakterbild kompliziert. . . .

Schmeicheln, lodende, berückende, überzeugende Werberarbeit war nicht Singers Sache. Ruhig und sicher orientierte er seine Reden nach dem sachlichen Schwergewicht für die agitatorischen Zwecke der Partei; das war keine besondere Begabung. Eine Woche indessen gab es in jedem Jahr, in der, durch niemand in die zweite Reihe gedrängt, Singer einzig und allein der Gelehrte war. Das war die rote Woche des Parteitages. Da war Singer in seinem Element, da war er all die Tage hindurch der Gegenstand größter Bewunderung der Genossen im Lande, denen gerade die Art, wie er das Arbeiterparlament mit festen Griffen leitete, wie ein leuchtendes Zukunftsbild erschien von der Erfüllung ihrer Träume. Die Ueberhöhung aller Feinheiten der Geschäftsordnung imponierte über Gebühr, denn der dieses Schauspiel Ungewohnte nimmt die Form für die Hauptache. . . . Die sozialdemokratische Partei verliert in Singer recht eigentlich ihren Generalrepräsentanten. Wie in der deutschen Sozialdemokratie, so sehen wir ihn im internationalen Verkehr gerade in dieser Eigenschaft herausgestellt. Er verlorpernte weit mehr als andere seiner Mitarbeiter das internationale Prinzip.“

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Denn offen muß gesagt werden, zumal gegenüber den Trauerkundgebungen, in denen sich nunmehr die deutsche Sozialdemokratie in überströmendem Lobeserhebungen nicht wird genug tun können, daß Singer als Mensch die unsympathischste Persönlichkeit unter allen Sozialdemokraten gewesen ist. Zu groß war der Widerspruch zwischen seinem Lebenswandel und den politischen Lehren und den sittlichen Anschauungen der Partei, der er angehörte. Wohl ist es richtig, daß nicht aus seinem Munde, sondern aus dem seines Kompagnons Rosenfeld die schamlose Aufforderung an die Arbeiterinnen in seiner Damenmantelfabrik erging, hinaus auf die Berliner Friedrichstraße zu gehen und sich dort das für die Lebensnotdurft Nötige zu verdienen, was ihnen bei den Hungerlöhnen des Betriebes des sozialdemokratischen Führers abging. Aber auf Singers Namen bleibt der Mafel ruhen, daß er sich nicht geschämt hat, mit einem solchen Menschen weiterhin als Kompagnon zu arbeiten. Hinzu kommt, daß er mit dem riesigen Vermögen, das er sich durch dieses Ausbeutungssystem, durch diese saueren Arbeiterinnengroschen erworben hat, in einem widerlichen Leben voll Geizhalschaft verlebte. Dies Leben eines sozialdemokratischen Arbeitgebers, sein ausschweifendes Leben, seine Seltgelage und bekannnten riesengroßen Habannaimporten betrogen sich nimmermehr mit dem Auftreten auf der Tribüne im Reichstag oder in Volksversammlungen als Vertreter der Arbeiterinteressen.“

Die Sätze der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ kennzeichnen den wütenden Haß des Blattes der rheinischen Großkapitalisten gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer, den blinden Haß, der da glaubt, durch niedrige Verleumdungen die Lebensarbeit eines Treuen und Braven entwerten zu können.

„Magdeburger Zeitung“:

„Niemand hat er allerdings die Rolle eines großen Führers in der Sozialdemokratie gespielt, trotz seines Amtes als Parteivorstand. Deshalb war sein Einfluß in der Partei und in der Geschichte der Sozialdemokratie aber nicht gering. In zahlreichen internationalen Sozialistenkongressen sah er im Präsidium, und alle deutschen sozialdemokratischen Parteitage seit 1890 hat er mit anerkanntem Geschick geleitet. Er hatte eine seltene Gabe und ein glückliches Temperament für die Ueberführung großer Versammlungen. Wie er in aufgeregten Momenten die hochgehenden Wogen bald mit Liebenswürdigkeit, bald mit Grobheit zu glätten, verwickelte Geschäftsordnungsdebatten zu entwirren, peinliche Veratungen durch ein geschicktes Schlusswort befriedigend ausklingen zu lassen verstand, das ist auch von seinen Gegnern häufig genug anerkannt worden.“

„Leipziger Neueste Nachrichten“:

Singer übte, wenn er auch propagandistisch nicht sonderlich hervortrat, doch eine starke Wirkung auf die Entwicklung der Partei. Sie hat darum allen Grund, seinen Namen mit einer besonderen Marke in die Annalen ihrer Geschichte zu schreiben, so wenig er auch ihr neue Gedanken und neue Anregungen gab. Und sie wird sich auch daran erinnern müssen, daß er in den Zeiten des Sozialistengesetzes manche Not und Gefahren auf sich nahm. Auch hier läßt und gelassen, wie er dem ganzen Leben gegenüberstand.“

„Rheinische Volkszeitung“:

Singers Tod bedeutet einen großen Verlust für die deutsche Sozialdemokratie, den größten für die Berliner Sozialdemokratie.

Singer ist in der Sozialdemokratie und durch sie zu seiner Bedeutung in unserem öffentlichen Leben gekommen. Die sozialistische Bewegung hat ihn emporgehoben, und er hat ihr wieder durch die Eigenart seiner Person und Stellung Dienste erwiesen, die ein anderer ihr kaum leisten konnte. Er ergänzte das sozialdemokratische Dreigestirn Webel, Liebnecht, Auer in einer für die sozialdemokratische Partei vorteilhaften Weise. Webel verkörperte den intelligenten, zielbewußten Agitator und Propheten der jungen deutschen Sozialdemokratie, Liebnecht war ihr Journalist, der Mann der Feder, Auer der praktische Organisator und Singer, wenn man so sagen kann, der Protokurist der ganzen Firma, der tüchtige, geschäftsmäßige Praktiker, der mit den Realitäten rechnete und sorgte, daß das Parteischiff auch immer Wasser hatte, auf dem es treiben konnte.

Frankfurter Zeitung:
„Unübertrefflich war er als Leiter der sozialdemokratischen Parteitage. Das zeigte sich am deutlichsten, wenn er einmal durch Krankheit verhindert nicht da war, so z. B. auf dem letzten Parteitage. Diese Versammlungen zu dirigieren ist nicht leicht. Singer hatte aber eine langjährige Erfahrung, die nötige Auge und Umsicht. War er der Vorsitzende, dann funktionierte die Parteitagsmaschine tadellos, auch bei stürmischen Debatten, und wie er am Schluß die zahllosen Anträge, die in der letzten Sitzung eines sozialdemokratischen Parteitages immer noch da sind, erledigen ließ, dies anzusehen, war stets ein Vergnügen. Ganz am Schluß, wenn alles aufgearbeitet war, kam dann die Marksteinrede, so genannt, weil jahrelang die resümierende Rede Singers erklärte: dieser Parteitag bedeutet einen Markstein in der Geschichte der Partei. Als sich dann einmal einige Blätter darüber moierten, ließ Singer den Markstein fallen, aber lange gab es keinen Parteitagsklaus ohne ihn.“

Rum ist also dieser Veteran der Sozialdemokratie aus dem Leben geschieden, und wenn auch sein Tod in der Partei gewiß nicht Empfindungen hervorrufen wird, die sich mit dem Eindruck messen könnten, den das Scheiden Liebnechts hervorrief, so wird er doch sicherlich von vielen seiner Partei ganz aufrichtig betrauert werden. Das verdient er auch, denn er hat der Partei geleistet, was er konnte, ihr also sein Bestes gegeben.“

Die Mittrauer der Internationale.

Beim Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts“ häufen sich die Kondolenztelegramme aus Deutschland und der ganzen Welt. Wir heben daraus folgende hervor:

Das internationale sozialistische Bureau bezeugt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein tiefgefühltes Beileid beim Ableben seines hervorragendsten Mitgliedes Paul Singer.

Vandervelde, Anseele, Farnemont, Gysmans.

Die Konferenz der Labor Party sendet den deutschen Arbeitern anlässlich des Todes Singers den Ausdruck ihres Beileids.

Leicester, Ramsay MacDonald, Sekretär.

Dem Parteivorstand und der deutschen Sozialdemokratie senden wir den Ausdruck unserer herzlichsten Teilnahme, dem sich sämtliche Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion anschließen. Aus ganzem Herzen nehmen wir teil an Eurem Verlust und an Eurer Trauer.

Ballant, Jaurès, Guesde.

Die sozialistische Partei Belgiens nimmt lebhaften Anteil an dem Hinscheiden Paul Singers, das einen schweren Schlag für das deutsche Proletariat bedeutet.

Brüssel. Vandersmissen, Sekretär.

Die sozialistische Arbeiterpartei Hollands bietet anlässlich des Hinscheidens des großen Vorkämpfers Paul Singer ihrer deutschen Schwesterpartei ihr herzlichstes Beileid dar. Wie in der ganzen Welt, so hat auch in Holland Singers Tod das Gefühl eines großen Verlustes für das Proletariat aller Länder erweckt. Sein Gedächtnis wird als das eines der hingebendsten und treuesten Führer im Kampfe in Ehren gehalten werden.

Amsterdam. Vliegen, Vorsitzender, van Kampf, Sekretär.

Die dänische Sozialdemokratie nimmt herzlichen Anteil an der Sorge über den Verlust, welchen die internationale Sozialdemokratie durch das Ableben ihres tapferen Mitkämpfers Paul Singer erlitten hat. Sein Andenken in Ehren!

Stauning, Kopenhagen.

Wir trauern mit der deutschen Arbeiterklasse um den unbegreiflichen Präsidenten ihrer Partei und der Internationale. Schwedischer Parteivorstand. Branting.

Tieferschüttert durch den Tod Singers übersendet das Exekutiv-Komitee der polnischen Sozialdemokratie Worte des aufrichtigen Beileids und tiefer Trauer.

Krakau. Johann Englich, Obmann.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Bulgariens drücken der deutschen Bruderpartei herzlichstes Beileid zu dem Verlust aus, den das internationale Proletariat durch das Ableben des unermüdbaren treuen Vorkämpfers Paul Singer erleidet.

Sofia. Georg Artkow.

Das Auslandskomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Russlands in Genf drückt dem deutschen Parteivorstand sein Beileid aus anlässlich des schmerzlichen Verlustes.

Mit Ihnen und den Proletariern aller Länder betrauern auch wir den Tod unseres edlen Vorkämpfers Paul Singer.

Russische Revolutionäre Sozialisten in Genf.

In tiefer Trauer beklagen wir zusammen mit dem deutschen Proletariat den unersehlichen Verlust Paul Singers, des unergieblichen Führers der internationalen Sozialdemokratie. Brüsseler Gruppen russischer Sozialdemokraten, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Letlands, Sozialdemokraten Polens, Litauens und Jüdischer Arbeiterbund.

Zusammen mit den deutschen Genossen betrauern wir Singers Tod als den schwersten Verlust des internationalen Proletariats. Sozialdemokratisches Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands.

Der ukrainische Verband „Silla“ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands sendet den Ausdruck tiefsten Mitgeföhls aus Anlaß des unersehlichen Verlustes Singers, der in der russischen Ukraina als Kämpfer für den revolutionären Marxismus weit bekannt ist. Basol.

Redaktion „Golof Sozialdemokrata“ teilt den Schmerz der deutschen Genossen über das Hinscheiden des alten Vorkämpfers des internationalen Proletariats, Paul Singer und drückt das tiefste Beileid aus.

Die sozialistische Partei New Yorks beklagt tief den Verlust unseres Genossen Singer.

Verbus.

„Volkszeitung“ beklagt den Tod unseres Genossen Singer.

New Yorker Volkszeitung.

Der Tod unseres gemeinsamen, wertvollen Mitkämpfers und Genossen Paul Singer erfüllt auch die Wiener Arbeiterschaft mit tiefer Trauer und übermüde ich namens derselben die wärmste Teilnahme. Bretschneider.

Wieder hat der Tod eine Lücke gerissen, und tief erschüttert vom Ableben unseres Genossen Paul Singer übermitteln wir unseren Brüdern in Deutschland unsere Anteilnahme an dem Verlust. Wir trauern mit Euch.

Redaktion der „Volkstribüne“, Wien.

Mit den reichsdeutschen Genossen trauern auch die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter von Triest um den unermüdblichen Vorkämpfer der Internationale.

Sozialdemokratischer Verein Triest.

In derselben Weise kondolieren der Landesparteitag der tschechischen Sozialdemokraten Nieder-Österreichs der 59. böhmischen Wahlbezirk und die Redaktion der „Delnicka Listy“ in Wien sowie die Redaktion der „Salzburger Nacht“ in Salzburg. Außerdem sind Beileidskundgebungen in großer Menge von den Parteiorganisationen deutscher Städte eingegangen. Von den bürgerlichen Beileidskundgebungen sei noch ein Telegramm Dr. Breitschields erwähnt, in dem gesagt wird, daß auch die nicht auf sozialdemokratischem Boden stehenden Demokraten den Verlust dieses Mannes betrauern, der geschickt, opferfreudig und mit Energie die Sache des Volkes vertrat.

Die Beerdigung des Genossen Singer

findet Sonntag mittag 12 Uhr vom „Vorwärts“-Gebäude aus, wo die Leiche am Mittwochabend aufgebahrt worden ist, statt. Der Leichenzug bewegt sich nach dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde, wo auch die Genossen Liebnecht und Auer beigesetzt sind. Einzelheiten werden morgen mitgeteilt werden. Kränze und Blumenspenden sind an die Redaktion des „Vorwärts“ zu adressieren.

Zutritt zum Friedhof haben außer den Kranzdelegierten der Partei und Gewerkschaftsorganisationen nur die mit Kranz versehenen Personen. Besuche um Ueberlassung von Karten sind nur schriftlich an Eugen Ernst, Buchdruckerei Vorwärts, Lindenstr. 69, zu richten. Mündliche Besuche sind zwecklos.

Preussisch-staatliche Jugendpflege.

Die preussische Regierung hat die Grundzüge ihres Feldzuges gegen die freie Jugendbewegung bekanntgegeben. Es liegt jetzt der „Erlaß des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizin-Angelegenheiten vom 18. Januar 1911 betr. Jugendpflege“ vor. Die „Post“ meint, man habe dem Erlaß wohl nicht ohne Absicht das Datum der vierzigsten Wiederkehr des Kaiserproklamationsfestes gegeben. Natürlich stimmt das Schorfmöcherblatt den in diesem Erlaß vertretenen Prinzipien der möglichst freien Entfaltung aller vaterländisch und sittlich wirkenden Kräfte für die Jugendpflege, der freien Selbstverwaltung und Selbstausgestaltung mit Ausschluß jedes staatlichen Zwanges, eines möglichst breiten, reichen und vielseitigen und das ganze Jugendleben umfassenden Ausbaues der Organisation voll und ganz bei. In dem Erlaß des Kultusministers heißt es:

„Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr sittliches Gedeihen aufs schwerste gefährdet.“

Nach dem Hinweis, daß die Jugendpflege die Anwendung irgend einer bürokratischen Schablone nicht vertrage, daß „tunlichst freie Entfaltung aller geeigneten Kräfte“ unentbehrlich sei, wird „an das Wohlwollen und die opferwillige Mithilfe aller Vaterlandsfreunde in allen Ständen und Berufsgruppen“ appelliert.

Alle staatlichen Behörden, die Geistlichen aller Bekenntnisse, die Beamten und Lehrer sollen sich bereit halten, „planmäßig auf das gemeinsame Ziel“ hinzuwirken. Innerhalb jedes Regierungsbezirk soll die Bildung geeigneter Organisationen vorbereitet werden: Stadt- oder Ortsausschüsse für Jugendpflege und in ländlichen Orten und nicht kreisfreien Orten Kreis- und Bezirksausschüsse für Jugendpflege. Als einheitliche Stelle wird nach dieser „Kleinarbeit der örtlichen Instanzen“ ein Bezirksausschuss für Jugendpflege vorgeschlagen, der unter Leitung des Regierungspräsidenten etwa 20 Mitglieder aus allen Berufsgruppen und Ständen umfassen soll.

Vorerst besteht, wie es in dem Erlaß heißt, nicht die Absicht, staatliche Einrichtungen mit Zwangsmittel für die schulentlassene Jugend zu schaffen. Es handelt sich vielmehr darum, die bestehenden Veranstaltungen dritter und Vereinigungen aller Art „unter sich und mit den staatlichen, den Kreis- und Gemeindeorganen zu einheitlichem, planvollem Wirken zusammenzuschließen und ihnen innerhalb der sich daraus ergebenden größeren örtlichen, Kreis- und Bezirksorganisationen durch Rat und Tat, auch durch Verwendung staatlicher Mittel als Beihilfen eine an Umfang und Kraft gesteigerte Wirksamkeit“ zu ermöglichen.

Die kgl. Staatsregierung hat für den vorliegenden Zweck einen besonderen Fonds. Bezüglich der Verwendung ist zu beachten, daß der erwähnte Betrag nur für die Förderung der Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend bestimmt ist. Für die schulentlassene weibliche Jugend dürfen Mittel daraus nicht verwendet werden, es können aber die für die männliche Jugend aus diesem Fonds unterstützten Einrichtungen auch für die weibliche mitbenutzt werden, soweit dies ohne staatliche Beihilfen möglich ist.

In dem Erlaß werden dann die „Grundzüge und Ratschläge für Jugendpflege“ entwickelt:

Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Heranbildung einer freien, körperlich leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend. Sie will die Erziehungstätigkeit der Eltern, der Schule und Kirche, der Dienst- und Lehrherren unterstützen, ergänzen und weiterführen.

Zur Mitwirkung bei der Jugendpflege sind alle berufen, welche ein Herz für die Jugend haben und deren Erziehung im vaterländischen Geiste zu fördern bereit und in der Lage sind.

Die erforderlichen Mittel werden von Freunden und Gönnern der Jugend, von den Gemeinden, Kreisen usw. und ergänzungsweise vom Staate gewährt. Die Arbeit an der Jugendpflege ist in der Regel ehrenamtlich.

Aus den „Ratschlägen“ seien nur die folgenden hervorgehoben: „Es kommt hinzu, daß die Entfremdung weiter Kreise von der Kirche vielen Jugendlichen auch die im Gottesdienste dargebotene Quelle zur Erhebung des Gemüts und zur sittlichen Stärkung verschließt.“

Die Ausführung der Jugendpflege darf nicht in einer Weise erfolgen, daß sie lediglich oder doch in der Hauptsache auf bloße Vergnügung der Jugend hinauskommt.

Vor eine schwierige, aber auch dankbare pädagogische Aufgabe werden Lehrer, Ärzte, Geistliche, Richter und Anwälte, Landwirte, Gewerbetreibende, Ingenieure, Offiziere sowie überhaupt alle diejenigen gestellt, welche an der Jugendpflege durch Halten von Vorträgen, durch Leitung von freien Ausdrücken und dergl. mitarbeiten wollen.

Angiehend bei richtiger Behandlung und von großer erzieherischer Wirkung sind Darstellungen des Heldentums auf den verschiedenen Gebieten, des Pflichtbewusstseins einer in ihrem Beruf sich aufopfernden Krankenpflegerin nicht minder als des Heldentums des einfachen Soldaten oder des Generals, die ihre Tugend mit dem Blute besiegeln. — Kriegsgeschichte verfehlt namentlich dann ihre die Jugend begeistere Wirkung niemals, wenn von dem mit wenigen Strichen in großen Zügen gekennzeichneten Hintergrunde der großen Ereignisse sich ein Einzelschicksal, ein einzelnes Ereignis, ein Einzelunternehmer abhebt, das der Jugend schlicht, aber anschaulich vor die Seele gestellt wird. Demgemäß empfiehlt es sich, der Jugend möglichst weitgehenden Anteil an der Leitung der Vereine zu geben und ihr allerlei Material im Vereinsleben zu überbringen. Das Interesse an der Vereinigung wird erhöht, wenn ihre Mitglieder einen wenn auch noch so geringen Beitrag zu zahlen haben. — Es wird angestrebt sein, namentlich für Sonnabends- und Sonntagmorgens, und -abend die jungen Leute zu geeigneten Veranstaltungen heranzuziehen.“

Der Geist, den der Erlaß des Kultusministeriums atmet, ist unerbittlicher preussischer Geist. Das Ziel ist: Rettung der Jugend vor dem Gift des Ilustrismus. Verminderung und patriotischer Drill sollen die Jugend für Reichsverbänderei und Kriegervereinsbrüderlichkeit dressieren. Mit solchen Möglichkeiten glaubt man, die Bewegung der erwachten proletarischen Jugend erhitzen und erwürgen zu können!

Vergiftete Pfeile aus sicherem Hinterhalte.

Der konservative Landtagsabgeordnete Boehmer, von Beruf Landgerichtsdirektor in Stargard, hat gestern im Landtage seinem Ingrimm darüber Luft gemacht, daß die Hebräen und Deharkiller ihren Zweck, gegen die Arbeiter und die Sozialdemokratie scharf zu machen, in den Moabit-Prozessen nicht erreicht haben. Er hat erkannt, daß die Verweissung nicht, wie seine Partei wünschte, den Philister vor der Sozialdemokratie gruselig gemacht habe, sondern auch scharfe Gegner der Sozialdemokratie über die bis zum Mord gesteigerten Brutalitäten von Polizeibeamten empört hat. Und diese Erkenntnis hat ihn zu lebhaften Klagen darüber veranlaßt, daß die Verweissung in dem Moabit-Prozess die Wahrheit enthüllt hat. Er wünschte, daß das schmale Recht der Angeklagten auf Verweissung über entlastende Momente noch mehr beeinträchtigt worden wäre. Ueber die Vertheidigung, die Staatsanwaltschaft und den Vorsitzenden des Schwurgerichts ist er mit lebhaften, durch keinerlei Sachkenntnis getrübbten Vorwürfen hergezogen. Vorwürfe eines solchen Eifers für Verhüllung der Wahrheit ehren die Angegriffenen. Für die Öffentlichkeit interessant ist die Tatsache, daß dieser pommerische Abgeordnete Landgerichtsdirektor ist, also einen Beruf ausübt, dessen Glieder von Amts wegen jedes Mittel zur Aufdeckung der Wahrheit anzuwenden verpflichtet sein sollten. Freilich nur bei ihren amtlichen Funktionen. In seiner richterlichen Tätigkeit muß der Herr also von Amts wegen eine andere Methode anwenden als er in seiner Landtagsrede befolgte. Hier ist er nicht nur für Befehlen der Wahrheit eingetreten. Darüber hinaus hat er die Wahrheit nicht nur verbunkelt und verschleiert, sondern durch Verbreitung erfundener Behauptungen geradezu mißhandelt. Er hat behauptet, es seien bei der Verichterstattung des „Vorwärts“ über den Moabit-Prozess „nur die Zeugenaussagen ausführlich wiedergegeben, die ungünstig über die Polizei ausfielen“. Und diese der Wahrheit ins Gesicht schlagende Behauptung stellte der Landtagsabgeordnete auf, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie durch Anführung von Tatsachen wenigstens scheinbar zu rechtfertigen! Das ist ein frivoles Schindludertreiben mit der Wahrheit. Wahr ist, daß der „Vorwärts“ im Gegenstoß zu der parteiischen Verleumdung einer Reihe bürgerlicher Zeitungen aufs objektivste über die Moabit-Prozesse berichtet hat. Die Großartigkeit der durch den Abgeordneten Boehmer verbreiteten Unwahrheit, es seien nur die Zeugenaussagen, die ungünstig über die Polizei ausfielen, ausführlich wiedergegeben, kann niemandem entgehen, der die Berichte gelesen hat. Hat der Abgeordnete die Berichte gelesen und dennoch die Tribüne des Abgeordnetenhauses zur Verbreitung seiner verleumderischen Behauptung benutzt, ohne auch nur den Versuch eines Beweisantritts zu machen, so hat er gegen uns einen Kampf mit vergifteten Pfeilen aus sicherem Hinterhalt geführt. Der beste Protest gegen solche Kampfweise dürfte ihre Annullierung sein, die hiermit erfolgt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar 1911.

Annahme der Wertzuwachssteuer.

Aus dem Reichstag, 1. Februar. Endlich ist die agrarisch verhungerte Wertzuwachssteuer unter Dach und Fach gebracht worden. Die Schlussdebatte ergab keinerlei wesentliche Änderungen der Fassung zweiter Lesung. Noch einmal wurde um die Verteilung des erzielbaren Ertrages gekämpft. Der sozialdemokratische Antrag auf Verteilung von 60 Proz. an die Gemeinden, 10 Proz. an die Einzelstaaten und 30 Proz. an das Reich, sowie der Vorwegnahme von 6 Millionen Mark aus letzterem Betrage für die Veteranen, wurde wiederum mit großer Mehrheit abgelehnt. Nachdem dann das Gesetz bis auf den Schlussparagrafen in der agrarischen Fassung angenommen war, wurde auch nochmals von unserer Seite der Versuch gemacht, die Aufhebung des Zündwarengesetzes als Äquivalent für die Annahme der Wertzuwachssteuer zu erreichen. Denn, wie die Verhältnisse bei uns liegen, wäre es die einzige Möglichkeit, die Sozialdemokratie zur Zustimmung zu diesem Gesetz zu bringen, wenn ein noch schlechteres, ein die Klassen besonders bedrückendes Steuergesetz dafür aufgehoben würde.

Als Genosse Drey zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages die Tribüne bestieg, wurde er von der Rechten mit unwilligem Lärm empfangen und wurde längere Zeit am Sprechen gehindert. Drey ließ sich indes nicht abhalten, dafür einzutreten, daß diese Gelegenheit zur Abschaffung des verberlichen Hindernisses benützt werde. Er brachte dabei die Rücksichtslosigkeit der Regierung und Schnapsblockparteien gegen die braven Hindernisarbeiter in wirksamen Gegensatz zu der garten Besorgnis, die die nämlichen Leute für das Steuerprivileg der Fürsten betätigt hatten. Das half natürlich nichts. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen wurde der Antrag abgelehnt.

Dann kam es zur Schlussabstimmung über das ganze Gesetz, die namentlich vorgenommen wurde. Sie ergab 199 Stimmen für und 93 gegen das Gesetz, bei 20 Stimmenthaltungen. Außer den Sozialdemokraten hat keine Partei geschlossen gegen das Gesetz gestimmt. Enthalten haben sich wieder die Polen. Sogar eine größere Zahl Freisinniger befand sich unter den Jaägern, so daß daraus zu ersehen ist, wie nicht einmal in solchen Steuerfragen die Freisinnigen sich noch in die Stellung einer entschiedenen Oppositionspartei hineinfinden können.

Der Rest der Sitzung wurde dann mit der Fortführung der Impfdebatte ausgefüllt. Dabei vertrat Genosse Sasse mit Wärme einen von einer Anzahl Parteigenossen unterzeichneten Antrag auf Anstellung neuer Untersuchungen über die Impfmethode und ihre Wirkungen, sowie die Einführung der englischen „Gewissenstafel“, die es in das Bestehen der Eltern stellt, ob sie die Impfung ihrer Kinder zulassen wollen. Es mag hierbei bemerkt werden, daß andere Parteigenossen wohl mit der Anstellung neuer Untersuchungen, nicht aber mit der Einführung der Gewissenstafel einverstanden sind. Eine Parteianglegenheit ist diese Frage natürlich überhaupt nicht. Die Debatte führte zu einem mehrstündigen sehr eingehenden Vortrage des als Regierungskommissar anwesenden Professors Kirchner über die gesamte Impfpflege. Er trat mit großer Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung des Impfgesetzes und des Impfzwanges ein. Um 6 1/2 Uhr wurde dann die Debatte wiederum vertagt.

Die nächste Sitzung findet Montag, den 6. Februar, statt.

Die neue Methode.

Der Präsident der preussischen Duma, Herr Jordan v. Kröcher, hat am Mittwoch zum ersten Male die neue Methode probiert, die er neulich in so auffälliger Form angekündigt hat. Daß sich die Methode bewährt, kann man beim besten Willen nicht behaupten, denn in letzter Linie ist der Vamierte doch immer ihr genialer Erfinder. Herr v. Kröcher rief nämlich unseren Genossen Liebknecht, der namens der Fraktion zu dem Gesetzentwurf über die Polizeiverwaltung in den Regierungsdistricten Düsseldorf, Arnberg und Münster sprach, fortgesetzt zur Sache. Dabei war Liebknecht auch nicht um Haarsbreite von der Sache abgewichen, denn es gehört doch selbstverständlich zur Sache, wenn man auf die letzten Ursachen hinweist, denen ein Gesetzentwurf entspringen ist, und seine Gefahren schildert. Aber des Präsidenten Begriffe über Sachlichkeit sind andere. Vielleicht wollte er auch lediglich eine Probe seiner Schneidigkeit ablegen. Kurz und gut, nach dreimaligem, direkt provokatorischem Auf zur Sache entzog er unserem Redner das Wort. Nach der Geschäftsordnung mußte er das Haus bestreiten, ob es Liebknecht noch weiter anhören will, und da ist es charakteristisch, daß selbst das Gros der Nationalliberalen sich nicht zu der Kröcher'schen Gesesgröße aufschwingen konnte, sondern mit Freisinn und Sozialdemokratie dafür stimmte, daß der Sozialdemokrat weiter reden dürfe. Natürlich war das praktisch bedeutungslos, denn die Mehrheit, bestehend aus den beiden konservativen Parteien, dem Zentrum und einem Teil der Nationalliberalen, trat auf die Seite des Präsidenten. Aber blamabel war das Abstimmungsverhältnis für Herrn v. Kröcher trotz alledem.

Hierauf begann die Beratung des Justizetat's. Wie alljährlich, so entspann sich auch diesmal wieder zunächst eine Debatte über die Gefängnisarbeit. Unseren Standpunkt entwickelte Liebknecht, der in den Vordergrund die Notwendigkeit der Erziehung des Gefangenen zur Kräftigung für den späteren Kampf ums Dasein rückte, und sich gegen jede Schmutzkonkurrenz aussprach, und die Nichtinguziehung von Arbeitervertretern in die Kommission zur Regelung der Gefängnisarbeit rügte.

In der Generaldebatte zum Justizetat stimmte dann der konservative Abg. Boehmer ein langes Klagegedicht über den Roabiter Prozeß an, dessen Eindruck nach außen er dadurch abzumildern suchte, daß er dreist und gottesfürchtig behauptete, der „Bormärts“ habe nur die Aussagen der Zeugen wiedergegeben, die ungünstig für die Polizei ausfielen. Als ob nicht gerade der „Bormärts“ am objektivsten von allen Blättern darüber berichtet hat, während gewisse bürgerliche Organe, die Herrn Boehmer sehr nahe stehen, geflissentlich alles unterschlagen haben, was zuungunsten der Polizei spricht! Im übrigen machte der konservative Redner den Justizminister scharf für eine reaktionäre Reform der Strafprozessordnung. Diesen Rat zu befolgen, wird dem Minister nicht schwer fallen. Geht doch die Anregung zu einer Beschränkung der Rechte der Angeklagten gerade von ihm aus! Auch das Zentrum wird ihm dabei, wie die Ausführungen des Abg. Zimmer beweisen, gern Geldersdienste leisten.

Auf die Roabiter Prozesse ging Herr Beseleer nur noch insoweit ein, als er die vielbesprochene Rechtsbelehrung des Landgerichtsdirektors Unger über den Begriff der Notwehr als ein Mißverständnis bezeichnete und den Grundsatz proklamierte, daß auch derjenige, der sich einem Beamten widersetzt, weil er glaubt, daß der Beamte sich nicht in Ausübung seines Amtes befindet, strafbar ist! Am Freitag wird die Beratung des Justizetat's fortgesetzt.

Freiheit innerhalb „gewisser Schranken“.

In der württembergischen Zweiten Kammer gab der Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker am Dienstag zu der Frage der politischen Betätigung der Beamten folgende Erklärung ab:

„Der kgl. Staatsregierung liegt eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten fern. Es kann der Regierung nur erwünscht sein, wenn Männer, die in ihrem Beruf ein öffentliches Amt ausüben, sich auch außerhalb ihres Berufes am politischen Leben beteiligen und dabei ihre beruflichen Erfahrungen der Allgemeinheit nutzbar machen, doch ergibt sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und der Stellung der Beamten, daß die Freiheit der politischen Betätigung nicht unbegrenzt sein kann, vielmehr dem Beamten, wie in seiner amtlichen und seiner außerordentlichen Führung überhaupt, so auch hier gewisse Schranken geboten sind. Diese Schranken sind bedingt durch gesetzliche Beamtenpflicht, durch die Pflicht der gewissenhaften Wahrnehmung des Amtes, durch die Amtsbefugnisse, die Treue gegenüber dem König und der Verfassung.“

Mit dieser Erklärung wird man sogar in Preußen zufrieden sein. Der Unterschied besteht nur darin, daß man die „gewissen

Schranken“ in Preußen und in den Königreichen preussischer Landesteile so eng zieht, daß alles ausgeschlossen wird, was außerhalb des Konservatismus steht. In Preußen nennt man solche Einkreisung der Beamten bekanntlich „gottgewollte Abhängigkeit“.

Eröffnung des elsass-lothringischen Landesausschusses.

Der elsass-lothringische Landesausschuß wurde am Mittwoch mit einer Thronrede des Statthalters eröffnet. Die Thronrede beginnt mit dem Hinweis auf den Entwurf der Verfassungsreform und spricht die Hoffnung aus, er werde die Zustimmung der beteiligten Faktoren erhalten. In der allgemeinen Finanzlage des Landes sei keine wesentliche Veränderung eingetreten. Weitergehenden und wichtigeren hätten erhebliche Steuerausfälle herbeigeführt. Neue Steuergeschläge seien nur dadurch verhindert worden, daß dringliche Ausgaben bis zur Reform der direkten Steuern zurückgestellt worden seien. Die bereits fertiggestellten Entwürfe würden zur Beratung gelangen, sobald die Entscheidung über den Verfassungsentwurf gefallen sei. Auch die Gehaltsverbesserungen für verschiedene Beamtenkategorien könnten jetzt nicht durchgeführt werden. Die Rottlage der Winger solle durch den Erlaß der Grundsteuern und andere Maßnahmen gelindert werden. Angekündigt wird ein Entwurf über die Kanalisierung der Mosel von Reh bis Diedenhofen. Die erweiterte Grenzöffnung für die Einfuhr französischer Schlachtviehs wird begrüßt. Nach der Thronrede hielt der Alterspräsident Dieck eine Ansprache, in der er ausführte, der Drang des elsass-lothringischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit sei noch unerfüllt. Sollte Elsass-Lothringen ewig als Grenzland behandelt werden, so bilde das ein Unikum in der ganzen zivilisierten Welt. Die einzelnen Parteien müßten ihre Kämpfe zurückstellen, um gemeinsam für die Fortentwicklung des Landes zu wirken. Zum Schluß erinnerte der Statthalter daran, daß der günstige Seuchenzustand in Frankreich es erfreulicherweise ermöglicht habe, im Einverständnis mit der Reichsregierung die französische Grenze für die Einfuhr bestimmter Marken von Schlachtvieh in die größeren Städte und in eine Anzahl von Orten mit industrieller Bevölkerung zu öffnen.

Die Konservativen und die Börse.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat heute im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Die Unterzeichneten erlauben sich, an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, welche Maßregeln gegen die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um der Ueberschwemmung des deutschen Geldmarktes mit fremden Wertpapieren und dem übermäßigen Abflusse deutschen Kapitals nach dem Auslande vorzubeugen?“

Die Interpellation wird an einem der ersten Tage der nächsten Woche zur Verhandlung kommen.

Polizeipoesie.

Auch die Polizeibeamten von Rassel haben den Geburtstag des Kaisers durch eine Festlichkeit begangen. Unter den Erschienenen bestand sich auch der königliche Polizeipräsident Freiherr v. Dalwigk zu Lichtensfeld. Wie beim Festmahle der Polizeioffiziere zu Berlin, so spielte auch bei der dortigen Veranstaltung der Poabiter Prozeß eine gewisse Rolle. Der Reichstagsabgeordnete Latmann hat nämlich die Festversammlung antelegraphiert und sie mit folgenden schönen Versen überrascht:

Von verführter Menge,
Die zusammengerottet,
Blutunde gescholten,
Beschimpft und verhöhnet,
Stehe seit wie bisher,
In der Pflicht stramm und frei,
Dem Bürgertum genädigt, du treue Polizei.

Das herrliche Produkt Latmann'scher Poesie fand begeisterten Beifall und versetzte verschiedene Bachmeister in eine solch hochpoetische Stimmung, daß sie nach Schluß der Feier, wie man munkelt, folgenden gereimten Dank an Herrn Latmann abgefaßt haben sollen:

O, großer Dichter Latmann,
Es hat Dein Dichtergruß
Gewirkt auf unsern Magen
Wie Lattweirg und Pfäumenmus,
Wir spüren noch die Wirkung,
Der Hintern tut uns weh;
Denn Deine Dichtertüte
Bracht uns die Diarrhöe.

Der abgelehnte Robin.

Wie die „National-Zeitung“ von besonderer Seite erfährt, ist der französische Bildhauer Auguste Rodin, der auf der Kandidatenliste der auswärtigen Mitglieder der Ritter des Ordens Pour le mérite figurirte, vom Kaiser abgelehnt worden.

Die auswärtigen Mitglieder des Ordens, soweit Männer der Wissenschaft und der Kunst in Betracht kommen, werden von den Akademien der Wissenschaften beziehungsweise der Künste vorgeschlagen. Nun hatte die Gesamtkademie der Künste, also einschließlich der Künstler, dem Ordenskapitel den Franzosen Rodin vorgeschlagen. Das Kapitel wieder leitete die Liste an den Kaiser weiter.

In seinem Buche „In Deutschland“ erzählt Jules Suret, der Kaiser habe eines Tages zum Bildhauer Krause, dem Schöpfer einer Stiegalkeerpuppe gesagt: „Er hat einen außerordentlichen Ruf, dieser Robin. In Frankreich hält man gar nicht viel von ihm. Und seine Zeichnungen, die sie hier jetzt in der Sezession ausgestellt haben, würde in Frankreich kein Mensch ansehen.“ Der Kaiser hat zwar nie einen Fuß in die Sezession gesetzt. — Minister Studt hatte ihm das Urteil über Robin suggeriert.

Rodin wird wahrscheinlich die kaiserliche Ablehnung ohne Schmerz ertragen.

Ver spätete Einsicht.

Als vor etwa 12 Jahren die badi'sche Regierung damit begann, die Wasserkräfte des Oberoderins an das Unternehmertum abzutreten durch Verträge, die teilweise auf drei Jahrzehnte abgeschlossen wurden, wendete sich die sozialdemokratische Vertretung der Kammer gegen diese Vorkehrung. Der damalige Minister Eisenlohr vertrat die Auffassung, daß der Staat ungeeignet sei, die Verwertung dieser immensen Kraft zu übernehmen. Nun scheint man in Karlsruhe anders zu denken; so lehnte die Regierung neuerdings ein Geis Privater ab, welches eine Ausnutzung des Gefalles bei Schwärzstadt (Südlingen) bezweckte; der Staat wolle sich die Wasserkräfte vorbehalten, zunächst zur elektrischen Verwertung badi'scher Wägen. Der badi'sche Anteil an den bereits vorhandenen Rheinfrankweilen ist noch lange nicht ausgenutzt. Laufenburg und Augst-Byhlen liefern insgesamt 75 000 Pferdekraft, das bei Rembs geplante Werk soll 45 000 liefern. Die Wiesentalbahn soll zuerst elektrisch betrieben werden.

Feuerbestattung in Preußen.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ erfahren haben will, ist der schon fast tagenakt gewordene Gesetzentwurf über die Feuerbestattung in Preußen nunmehr dem Staatsministerium zugegangen.

Steuerfreiheit der Veteranen in Weimar.

Im weimari'schen Landtage wurde am Dienstag die Regierung von völksparteilicher Seite aufgefordert, eine Vorlage über die

Steuerfreiheit der Veteranen mit einem Einkommen bis zu 1500 M. vorzulegen.

Oesterreich.

Die Ausweisungen in Preußen.

Budapest, 31. Januar. In der Oesterreichischen Delegation erklärte Graf Aehrenthal über die Frage der Ausweisungen aus Preußen, zur objektiven Beurteilung der einschlägigen Verhältnisse dürfe man nicht aus den Augen verlieren, daß es das unbestrittene Recht eines jeden souveränen Staates sei, fremde Elemente, deren Aufenthalt auf seinem Gebiete ihm im öffentlichen Interesse nicht erwünscht erschiene, auf seinem Territorium nicht zu belassen oder die sich schon dort niedergelassen hätten, wieder zu entfernen. Gerade deshalb könne auch die Oesterreichisch-ungarische Regierung den bezüglichlichen Maßnahmen der preussischen nicht anders entgegenzutreten, als indem sie sich in jedem einzelnen Falle der Ausweisung an die preussische Regierung wende, um eine Zurücknahme oder eine Fristverlängerung für die Ausweisung anzufordern. Der Ministerpräsident hielt daran fest, daß speziell im Falle der Dienststadt Glatton die säumige Abgabe der Uebernahme-Erklärung durch die Oesterreichisch-ungarische Behörden die lange Festhaltung derselben mitverschuldet habe. Er hoffe, daß die Verhältnisse sich künftig günstiger gestalten würden, nachdem die Reichskanzlei, welcher der Oesterreichisch-ungarische Votschafter in Berlin künftig die Verhältnisse in jeder einzelnen Ausweisungsfrage schildern werde, die Zustimmung erteilt habe, sie werde dafür Sorge tragen, daß bei der Durchführung von Ausweisungsbeschlüssen in Preußen mit möglicher Schonung und Milde vorgegangen werde.

Frankreich.

Der Fall Durand.

Paris, 1. Februar. Syndikatssekretär Durand hat durch Vermittlung des Deputierten Reunier an den Präsidenten der Republik ein Schreiben gerichtet, in dem er für die Aufhebung der Todesstrafe seinen Dank ausdrückt, nochmals seine Unschuld beteuert und um seine sofortige Freilassung bittet, um die Revision des Prozesses wirksamer betreiben zu können.

Verurteilte Antimilitaristen.

Rouen, 1. Februar. Das Zuchtpolizeigericht verurteilte den nach Holland geflüchteten Arbeitersekretär Tortou wegen Aufzehrung der Defektion in contumaciam zu zwei Jahren Gefängnis, zwei andere Personen aus demselben Grunde zu zwei bezw. sechs Monaten Gefängnis.

Belgien.

Der Polizeispiegel in der Maske eines Studenten.

Brüssel, 1. Februar. An der Lütticher Universität ist ein gewisser Brodghy als Student eingetragen, dessen Tätigkeit als russischer Polizeispiegel des öfteren an den Branger gestellt worden ist. Dieser Tage ließ sich Brodghy im Speisesaal der Universität zu unvorächtigen Äußerungen hinreichend, die auf sein Gewerbe Bezug hatten. Die Studenten verließen unter Protest sofort den Saal und sandten eine Abordnung an den Rektor. Der sozialistische „Peuple“ bietet dem Rektor die nötigen Dokumente an zum Beweise, daß Brodghy in der Tat Polizeispiegel ist.

England.

Die Eröffnungszereemonien.

London, 1. Februar. Die Mitglieder des Unterhauses begaben sich heute in der üblichen Weise unter Vorantritt des erwählten Sprechers nach dem Hause der Lords, um dort die Ankündigung der königlichen Zustimmung zur Ernennung des Sprechers zu vernehmen. An der Schranke des Oberhauses stehend, bekräftigte Mr. Lowther in der historischen Formel die Unverletzlichkeit der Privilegien der Gemeinen und hat zu gleicher Zeit, daß man alle Irrtümer auf seinen des Hauses ihm anrechnen möge. Sodann lehrte der Sprecher, der inzwischen seine Amtstracht angelegt hatte, nach dem Unterhause zurück, leistete seinen Eid und trug seinen Namen ein. Minister und frühere Minister folgten seinem Beispiel, dann die übrigen Mitglieder des Hauses. Am Ende der Donnerstag-Sitzung wird die große Mehrzahl der Mitglieder betätigt sein und das Haus wird sich dann bis zum Montag, den 6. Februar, vertagen.

Die Bigamiebeschuldigung gegen den König.

London, 1. Februar. Heute begann das Prozeßverfahren gegen den der Verleumdung des Königs angeklagten Edward Milius vor dem Lord-Oberrichter Lord Alverstone. Der Saal ist von Zuhörern dicht besetzt. Die Krone wird durch den Attorney-General Sir Rufus Isaacs, den Solicitor-General Sir John Simon, sowie die Juristen Rowlatt und Wrix vertreten. Auf Lord Alverstones Frage, ob er durch einen Rechtsbeistand vertreten sei, antwortete Milius, er werde sich selbst verteidigen. Er ersuchte dann, ihm seine privaten Briefe zurückzugeben, deren Beschlagnahme eine grobe Rechtsverletzung sei. Der Richter lehnte das Erluchen ab. Der Gefangene fragte darauf, ob der König als Kläger anwesend sei. Er wüßte seine Anwesenheit, weil jeder Angeklagte berechtigt sei, seinem Kläger im Gerichtshof gegenübergestellt zu werden. Der Richter erwiderte, der König könne nicht aufgefördert werden, vor dem Gerichtshof zu erscheinen.

Sir Rufus Isaacs erklärte, es handle sich um eine Verleumdung, welche die Ehre des Königs angriffe und bedrohe sei, ihn in der Achtung aller Rechtschaffenden herabzusetzen. Er betonte, daß keine Klage gegen die republikanischen Bestimmungen des Angeklagten erhoben werde. Die gerichtliche Verfolgung sei eingeleitet worden, weil der Angeklagte behauptet habe, daß des Königs Ehe mit der Königin eine schmachvolle Bigamie sei und ein Verbrechen gegen die Krone. Der Angeklagte habe ferner behauptet, der König habe im Jahre 1890 in Malta die Tochter des Admirals Seymour geheiratet. Als er im Jahre 1892 Thronerbe geworden sei, habe er sie und ihren Sprößling verlassen, um eine Prinzessin zu heiraten. Mit erhabener Stimme erklärte Sir Rufus Isaacs sodann, die ganze Geschichte sei von Anfang bis zu Ende ein Gewebe von Unwahrheiten. Der als Zeuge aufgerufene Admiral Seymour sagte aus, er habe zwei Töchter gehabt. Die ältere habe im Jahre 1890 den Kapitän Napier geheiratet, die jüngere sei 1895 gestorben. Sie sei niemals verheiratet gewesen und habe niemals mit dem König geheiratet. Der König sei überhaupt nie in Malta gewesen, als seine Tochter dort gewesen seien. Ein Vertreter der Hebriden von Malta legte das Eheregister von 1886 bis 1903 vor. Es ist keine Ehe eingetragen, bei welcher der Familienname der Vermählten Seymour war. Des Königs Privatsekretär Sir Arthur Bigge erklärte, er habe im August vorigen Jahres in einem Brief die Ermächtigung zur Demissionierung des Gerichts von einer morganatischen Vermählung erteilt. Milius stellte an die Zeugen keinerlei Fragen. Damit war die Verhandlung für die Anklage geschlossen.

Milius ist schuldig befunden und zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach der Urteilsverkündung sagte Sir Rufus Isaacs, er sei von Seiner Majestät ermächtigt, öffentlich zu erklären, daß des Königs niemals vermählt gewesen sei außer mit der Königin, und daß er sich niemals irgend einer Trauungszeremonie unterzogen habe, außer mit der Königin. Der König wurde der gerichtlichen Verhandlung beigewohnt haben, um ein entsprechendes Zeugnis abzugeben, wenn er nicht von den juristischen Beratern der Krone das Entzichten erhalten hätte, daß dies der Konstitution widersprechen würde.

Gewerkschaftliches.

Der Arbeiter darf nur 40 Jahre alt werden!

Die Großen und die weniger Großen in der deutschen Industrie lieben es, sich in sozialpolitischen Knallproben zu ergehen. Gegen jeden, auch nur den kleinsten Fortschritt auf dem Gebiete der Existenzberechtigung des Arbeiters, wehren sie sich mit Händen, Füßen und Zähnen. Ist solch Schritt aber gegen den Willen dieser Herren erst einmal erfolgt, dann stellen sie sich, nachdem einige Zeit darüber vergangen ist, hin und loben sich selbst über den grünen Alee, daß sie doch die für die Arbeiter fürsorglichsten Leute seien. In Wirklichkeit liegen die Dinge auch hier wieder so, daß dort, wo der gesetzliche Zwang vorliegt, mit der Zeit eingesehen wird, wie vorteilhaft für den eigenen Geldbeutel der Arbeiterschutz ist. Derlei Erfahrungen haben uns unsere lieben Unternehmer so manches Mal gemacht, und noch jedesmal mußten sie gezwungen werden, dem Fortschritt zu folgen. Sie sind auch heute oft noch nicht anders geworden. Es braucht da nur daran erinnert zu werden, was für ausgefallene „Wohltätigkeiten“ sich mitunter Fabrikherren noch heute leisten. Ein Typus von der üblichen Unternehmerart, die stets erst zu Fortschritten gezwungen werden muß, sich aber dann gern im Lichte der „selbst gekommenen“ sozialen Einsicht sonnt, scheint auch die bekannte Lokomotivfirma Henschel u. Sohn in Kassel zu sein. Schrieb sie doch kürzlich an einen um Arbeit nachfragenden Kupferschmied folgenden schönen Schreibbrief, von dem Name und Datum weggelassen ist, um Recherchen der Fabrikleitung unmöglich zu machen. Er lautet:

Herrn
„Auf ihr Bewerbungsschreiben vom . . . d. M. teilte wir Ihnen mit, daß bei uns noch mehrere Stellen für Kupferschmiede frei sind. Wenn Sie tüchtiges leisten und selbständig arbeiten, würden Sie auf dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst rechnen können.“

Sind Sie gesund und befinden sich Ihre Papiere in Ordnung, dann stellen wir Ihnen anheim, sich sofort auf unserer Arbeiterannahmestelle Henschelstraße 2, Eingang neben der Volksküche, Kassel, zu melden, wo Sie über alle weitere Auskunft erhalten können. Sie dürfen allerdings nicht älter als 40 Jahre sein.

Erforderliche Papiere.
Arbeitsbuch (wenn noch nicht 21 Jahre alt).
Ausweispassiere über bisherige Tätigkeit.
Polizeiliches Führungsbüchlein über die Zeiträume, über die Zeugnisse usw. nicht vorgelegt werden können.
Quittungsscheine der Reichsinvalidenversicherung.

Es geht aus dem Schreiben nicht hervor, ob die Firma Henschel u. Sohn bei den Lokomotivlieferungen für den preussischen, den bayerischen und andere Staaten nur staats-erhaltende Arbeiter tätig wissen will. Beachtlich bleibt es trotzdem, daß sie für die Zeit, wo ein Arbeiter keine Zeugnisse beibringen kann, also die Wochen und Monate der Arbeitslosigkeit, polizeiliche Führungsbüchlein verlangt. Das Schlimmste ist aber an dem ganzen Briefe, daß dem Bewerber ganz offen erklärt wird: wenn Du älter als 40 Jahre bist, dann bekommst Du bei uns keine Arbeit mehr. Wir möchten einmal sehen, was die Firma Henschel u. Sohn sagen würde, wenn von ihr plötzlich die Beiträge für die Invalidenversicherung in mehrfacher Höhe der jetzigen abgenommen würden, nur aus dem einfachen Grunde, weil die Arbeiter mit 40 Jahren schon invalid sind, und deswegen doch vom Staate unterstützt werden müssen. Da dies aber noch nicht der Fall ist, müssen die Arbeiter, nach Henschel u. Sohn, wenn sie 40 Jahre alt geworden sind, einfach in eine ungeführte Ecke frieden und verhungern. Das könnte diesen großindustriellen Gemüts- und Profitathleten so passen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Jungbierfahrer in der Brauerei Ruisenstadt (Anh. G. Weber) ist beendet. Eine volle Woche hat Herr Weber gebraucht, um einzulegen, daß Versprechungen auch gehalten werden müssen. Es hatte sogar den Anschein — wenigstens mußten alle in den Jungbierbrennereien Tätigen mit der Möglichkeit rechnen — daß infolge dieses Streiks die übrigen dem Verein der Weich- und Braumbierbrennereien angehörenden Mitglieder ihre Fahrer aussperrten würden. Um dagegen auf alle Fälle gefaßt zu sein, hatten die Vertrauensmänner sowohl als auch eine stark besuchte Versammlung dieser Branche im Laufe voriger Woche hierzu Stellung genommen. Inzwischen hatte der Verein der Weich- und Braumbierbrennereien am Freitag voriger Woche sich ebenfalls mit dieser Angelegenheit befaßt. Die Entscheidung der Unternehmer ist dann zugunsten der Streikenden ausgefallen. Es hat darauf am Sonntag eine Verhandlung zwischen einer Kommission der Streikenden unter Hinzuziehung eines Verbandsvertreters und Herrn Weber stattgefunden, in welcher eine Einigung dahingehend erzielt wurde, daß Herr Weber sich verpflichtete, seine gemachten Zugeständnisse zur Ausführung zu bringen und sämtliche Streikenden sofort einzustellen.

In einer am Sonntag abgehaltenen außerordentlich stark besuchten Versammlung dieser Gruppe beschloß man sich eingehend mit diesem Fall und war mit dem erzielten Resultat zufrieden. Am Montag wurde die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Achtung! Hausdiener, Packer!

Die in der Teppichfabrik A. Heibisch, Treptow, beschäftigten Hausdiener und Packer haben fälschlich die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Eine Verhandlung mit Verbandsvertretern wurde rundweg abgelehnt. Die Firma stellt sich also auf den absoluten Herrn-im-Haus-Standpunkt. Diese Abweisung konnten die Arbeiter nicht ruhig hinnehmen und legten sie die Arbeit einmütig nieder. Die Firma ist gespannt. Nehme keiner dort Arbeit an. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Achtung, Steinseher! Bei dem Steinsehermeister Krause in Kolberg haben die Steinseher die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer plötzlich Lohnzüge in Höhe von 10 Pf. pro Stunde vornehmen wollte. Zugang ist fernzuhalten.

Derbe Abfuhr eines Arbeitswilligen.

Jedenfalls ein Lebenslanger ist es, der einer Schallplattenfabrik seine arbeitswilligen Dienste in folgendem, verlockendem Schreiben anbot:

An die Schallplattenfabrik

Da ich in Erfahrung gebracht habe, daß die Schallplattenfabrik den Betrieb in kürzester Zeit wieder aufnehmen gedenkt, bewerbe ich mich hierdurch ergebenst um eine Stellung in der Fabrik.

Ich bin Schlosser, geprüfter Heizer, Maschinenwärter und Lokomotivführer, habe gute und langjährige Zeugnisse. Ich war zuletzt am 28. Juli 1905 bis 6. April 1910 bei der Schall-

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil bezimim.: 17. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

plattenfabrik in abwechselnd als Wächter, Presser und Heizer beschäftigt, weiß auch mit allen anderen zum Fach gehörenden Arbeiten Bescheid, z. B. Abtrennen und Reinigen der Matrizen, Feilen der Schellen, Sichern der Nachplatten, Probieren und Nachsehen der fertigen Platten, würde mich auch Bureauarbeiten unterziehen. Ich gehöre keinem Verbande an und habe bei meinem früheren Arbeitgeber zwei Streiks mitgemacht und die Fabrik darin unterstützt. Ich bitte die Direktion der Schallplattenfabrik mir eine Stelle in Ihrer Fabrik zu übertragen. Ich werde bemüht sein, das in mich gesetzte Vertrauen durch besondere Tätigkeit und Pflichterfüllung zu rechtfertigen und sehe daher einer gütigen Gewährung meiner Bitte entgegen.

Mit vollkommenster Hochachtung
D. Schoppe.

Die Firma hatte jedoch für die gepriesenen Vorgänge dieses vielseitigen Mustermenschen kein Verständnis, sandte ihm vielmehr folgende Antwort:

„Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 28. cr. und erwidern Ihnen hierauf, daß wir nur organisierte Arbeiter beschäftigen und nicht solche, die hundertfünfundzwanzig Handwerke verstehen.“

Das Gesicht des Biedermeines muß beim Empfang der Antwort schmerzhaft gewesen sein.

Tarifverträge in der Frauindustrie. Mit acht Brauereien in Landshut (Niederbayern) schloß der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband einen auf drei Jahre gültigen Tarifvertrag ab. Die Lohnerbahungen betragen für die Tarifdauer 2,00 M. pro Woche, die Arbeitszeitverkürzung eine Viertelstunde. Sonst wurden noch die Ueberstundenfrage erhöht, § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt, für das Fahrpersonal ein Urlaub ohne Lohnabzug von zwei bis fünf Tagen und Entschädigung bei Landtouren vereinbart. — Ein Tarifvertrag bestand in Landshut schon vordem; die Organisation der Brauereiarbeiter ist dort schon fast zwei Jahrzehnte alt; sie hat schon mehrere Kämpfe mit dem Unternehmertum ausgefochten und sich die Anerkennung errungen.

Mitgliederlust bei den „Christen“.

Das schmähliche Verhalten der Christenführer in der Lohnbewegung der Bergarbeiter hat eine wahre Mitgliederlust in ihren Reihen zur Folge gehabt. Viele von diesen sind zum Verbände übergetreten. Die Zahl der Uebertritte beträgt in den letzten Monaten über 1200. Da im Lager des Gewerkschafts Zweifeln an der Richtigkeit dieser Behauptung geäußert wurden, so erschienen dieser Tage zwei Abgesandte des Gewerkschafts, um sich von der Sache zu überzeugen. Als ihnen bereitwilligst Auskunft gegeben wurde und sie sich von der Richtigkeit überzeugt hatten, glaubten sie nur einwenden zu müssen, daß es sich in der Hauptsache doch nur um jüngere Mitglieder handele. Es wurde auch nicht verfehlt, den Abgesandten die Reuanmeldungen vorzulegen. Sie haben sich auch davon überzeugt, daß vom 1. bis zum 15. Januar über 4000 Neuaufnahmen eingegangen waren.

Ein terroristisches Bravourstück.

In dem Städtchen Eilenburg bei Leipzig treibt der Reichsverband sein Unwesen in ganz besonderer Weise. Er fördert dort mit allen Mitteln den nationalen Arbeiterverein, ein gelbes Gebilde, das natürlich die Protektion der lokalen Schwarzmaier genießt. So hat der Fabrikant Hädrich, der in der Eilenburger Reichsverbandshäule die erste Geige spielt, sämtlichen Arbeitern in seinem Betriebe, die sich weigerten, dem nationalen Arbeiterverein beizutreten, gelündigt, um an ihrer Stelle auswärtige Arbeiter einzustellen.

In gleicher Weise geht die Eilenburger Zelluloidfabrik vor. Dort hat der Portier es übernommen, für den nationalen Verein Mitglieder zu werben. Dabei wurde angedroht, daß diejenigen, die sich dem „Bund“ nicht fügen, ihre Kündigung zu erwarten haben. Diefem terroristischen Vorgehen sind nun die Arbeiter der Zelluloidfabrik dadurch begegnet, daß sie am Montag in zwei Versammlungen beschlossen, ihre Kündigung einzureichen und am Dienstag die Arbeit niederzulegen. Auf diesen Beschluß hin haben am Dienstag von 400 Arbeitern etwa 300 die Arbeit niedergelegt. Die ausständigen Arbeiter bitten um Unterstützung gegen diesen reichsverbandlerischen Terrorismus durch Fernhaltung des Zuguges.

In der Möbelfabrik von May zu Zweibrücken bestehen Differenzen. Trotz des auch für den Unternehmer gültigen Tarifvertrages schloß er mit einzelnen Arbeitern Sonderverträge ab, in denen ein niedrigerer als der Mindestlohn vereinbart wurde. Die alten tätigen Arbeiter wurden gemahregelt und neue Kräfte eingestellt, natürlich zu niedrigeren Löhnen. Funktionäre des Holzarbeiterverbandes, die mit May verhandeln wollten, wurden hinauskomplimentiert. Herr May ließ ihnen erklären, er hätte mit ihnen gar nichts zu verhandeln. — Die Holzarbeiter werden erjudet, den Vorgängen in Zeulentoda die nötige Aufmerksamkeit zu widmen.

Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1910.

Soeben veröffentlicht die Wiener Gewerkschaftskommission ihren Bericht über das abgelaufene Jahr. Raufisch nimmt die tschechische Zerplitterungsaktion den größten Raum in dem Bericht ein. Bis auf die Verbände der Eisenbahner und Tabakarbeiter (beides Staatsbedienstete, denen niemand die Koalitionsfreiheit freitig macht), sind alle Gewerkschaften schon dem Separatismus inwieweit erlegen, daß es zur nationalen Trennung kam. Der Erfolg: die Zahl der tschechischen Mitglieder in beiden Organisationen zusammen ist heute geringer, als früher in der Zentralorganisation allein! Klarer kann es schon nicht erwiesen werden, daß das Entgegenkommen gegen den kleinbürgerlich-gelben Chauvinismus nur dienen, aber nicht den Sozialismus stärkt. Mehr als 20 000 tschechische Arbeiter, dieses Fazit zieht der Bericht, sind auf der Wabstalt liegen geblieben! Da müßte man wohl meinen, es müßte sich sofort verwirklichen, was Genosse Viktor Adler dieser Tage in seiner Budgetrede den bürgerlichen Parteien zurief: Wenn wir unter Ihrem Pader eiden und die Funken des nationalen Kampfes auch in unserem Hause gezündet haben, so werden die Arbeiter den Weg zur Geschlossenheit wiederfinden. . . . In den Zentralorganisationen stehen immer noch über 80 000 Tschechen, davon 20 000 in Wägen, das zentrale Prinzip ist auch unter der tschechischen denkenden Arbeiterschaft noch das herrschende. Trotz des Separatismus und der Wirtschaftskrisis verzeichnen 34 von den 52 Zentralverbänden Mitgliederzunahmen, doch steht dem Gewinn von 16 000 ein Verlust von 26 000 Mitgliedern gegenüber, also ist das Gesamtergebnis wieder ein Abgang von 10 000. Ohne die separatistische Aktion aber wäre nach der ruhig vorgetragenen Ansicht der Reichskommission ein Gewinn von 10 000 Mitgliedern zu buchen. Es wäre unbegrifflich, wenn trotz Kopendagen, noch unbegrifflicher, wenn trotz dieses Ergebnisses die bereits angebaute Einigung der beiden Lager von Klassenbewußten, sozialistischen Kämpfern, denen immer gewalttätiger gestimmt das Schwarmachtum und die Bourgeoisie gegenübersteht, nicht schon in ganz kurzer Zeit gelingen würde!

Inzwischen geht allerdings hier und da der Kampf doch noch weiter. Insbesondere von dem satyam bekannten „Genossen“ Banjel-Brünn, der noch immer ein parlamentarisches Mandat der tschechischen Sozialdemokratie bekleidet, ist ein toller Streich zu berichten, der in der Brünner Arbeiterkassette beider Jungen tiefe Empörung erweckt hat, die sich in einer Volksversammlung geäußert hat. Am 18. v. Mts. tagte im dortigen Arbeiterheim eine Vertrauensmännerversammlung, die sich im Laufe ihrer Beratungen genötigt sah, an den im Nebenlokal tagenden Vorstand der von Banjel geleiteten Allgemeinen Arbeiterkassenklasse zu deputieren, um die Zurücknahme der Entlassung des wegen „Jen-tralismus“ und in formal unzulässiger Weise gemahregelten Ge-

nossen Bessely zu fordern. Banjel antwortete, der Hausmeister (Portier) werde die Antwort bringen. Als die Deputation erklärte, sie werde ihre Auftraggeber von diesem famosen Bescheid in Kenntnis setzen, telephonierte Genosse Banjel an die L. L. Polizeidirektion um Schutz vor der bedrohlichen Haltung der Vertrauensmänner. Der städtischen Polizeistation kam der Auftrag der Staatspolizei sonderbar vor — aber Banjel beständige auf telephonische Anfrage auf der Stadtpolizei, daß diese Sozialisten Polizeidirektion vor Arbeitern verlangten. Die Polizei drang schließlich ins Arbeiterheim ein, fand aber natürlich keinen Anlaß, zum Ruhme des tschechischen Sozialismus Banjelscher Couleur auch noch Versammlungen aufzulösen, Leute zu verhaften oder gar mit dem Säbel einzuhauen. Und dieser Banjel ist, wie gesagt, Landtagsabgeordneter der tschechischen Sozialdemokratie und bekleidet die Vertrauensstelle eines Sekretärs der allgemeinen Arbeiterkassenklasse.

Die holländischen Gewerkschaften zu Beginn 1910.

Am 1. Januar 1910 bestanden in Holland, einem soeben vom Statistischen Zentralbureau in Haag herausgegebenen Bericht zufolge, 698 Gewerkschaften, die insgesamt 148 850 Mitglieder zählten. Von diesen gehörten 113 078 zu 124 nationalen oder Distrikts-gewerkschaften, während die übrigen 30 772 Mitglieder den 472 unabhängigen lokalen Gewerkschaften angeschlossen waren. Die fünf Hauptgruppen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind die der Eisenbahn- und Tramwayarbeiter mit 9700 organisierten Mitgliedern, die der Diamantarbeiter mit 9297 Mitgliedern, die der Gemeindegewerkschaften mit 8508 Mitgliedern, die der Polizeibeamten mit 8424 Mitgliedern und die der Textilarbeiter mit 8019 Mitgliedern.

Von der Gesamtheit der holländischen organisierten Arbeiter gehören 40 600 oder ungefähr 28 Proz. dem Nationalen Arbeiterverband an. Die anderen Gewerkschaftsorganisationen sind verhältnismäßig unbedeutend. 11 650 Arbeiter sind in dem „Katholischen Arbeiterverband“, 6587 in dem evangelischen „Christlichen Nationalverband“, 3454 in den Nationalen Arbeiterkassen und 3020 in dem „Nationalverband der Transportarbeiter“ organisiert.

Ein Buchdruckerstreik in Lüttich.

Die Schriftsetzer in Lüttich beschloßen mit 201 Stimmen von 245 Stimmen den Generalstreik, wie dieser bereits in Verbierd verfügt wurde. Die Setzer verlangen Verkürzung der Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 5 Fr. täglich. Dieser Ausstand betrifft aber nur die Abzidensetzer. Die Zeitungsetzer haben bereits seit längerer Zeit den Achtstundentag sowie den Minimallohn. Entsprechend diesem Beschluß des Verbandes sind gestern morgen die Abzidensetzer in den verschiedenen Arbeitsstätten nicht zur Arbeit gegangen.

Eine Ehrung

Singers durch die Handlungsgehilfen.

In einer großen Versammlung der Handlungsgehilfen, die vom Zentralverband Mittwoch abend im Kellers Philharmonie stattfand und in welcher Abg. Mollenbuhr über die Kaufmannsgerichtswahl und über die Privatangestelltenversicherung sprach, wurde vom Vorsitzenden des verstorbenen Genossen Singer ehrend gedacht als desjenigen, der in allen öffentlichen Körperchaften, sei es im Reichstag oder im Berliner Rathaus, mit großer Sachkenntnis immer warm für die Interessen der Handlungsgehilfen eingetreten ist, besonders in seiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses des Berliner Kaufmannsgerichts. Auch Genosse Mollenbuhr gedachte Singers ausdauernden Kampfes gegen die schrankenlose Konkurrenzklause im Handelsgewerbe.

Letzte Nachrichten.

Eine furchtbare Dynamit-Explosion.

Mehrere Personen getötet — zahlreiche verletzt.

New York, 1. Februar. (W. L. B.) Als eine größere Menge Dynamits an der Wasserseite von Jersey-City aus einem Güterwagen auf ein Boot umgeladen wurde, erfolgte eine furchtbare Explosion, welche erdbebengleich das Finanzviertel und das Wolkenkraber-Viertel New Yorks erschütterte, und in weitester Umgebung die Gebäude erzittern machte. Die Waulichkeiten auf der Einwanderunginsel wurden beschädigt. Die größte Panik entstand in der unteren Stadt, minutenlang stockte der Geschäftsverkehr an der Börse und in den Banken. Tausende von Fensterbrisen wurden durch den Luftdruck zerstört. Die Zahl der Toten wird bisher auf zehn bis fünfundsanzig angegeben. Die Zahl der Verletzten geht in die Hunderte, verschiedene Personen wurden in den Hudson geschleudert. Der Schauplatz der Explosion bietet ein Bild völliger Verwüstung.

Ein weiteres Telegramm aus New York besagt: Durch die Dynamitexplosion im Hafen wurden zahlreiche Personen auf den Fahrbooten verletzt. Das Boot, in welches das Dynamit verladen wurde, und ein anderes wurden zerstört. Aus den Wolkenkrabern stürzten die Menschen auf die Straßen, welche bald unpassierbar wurden. Es sind die wildesten Gerüchte im Umlauf. Die Krankenhäuser von Jersey-City sind überfüllt.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 1. Februar. (W. L. B.) Der Deputierte Dumas (geeignete Soz.) kündigt die Absicht an, an den Minister des Inneren Pichon in der Kammer eine Anfrage bezüglich des Gerüchtes zu richten, daß Rußland beabsichtigt, eine neue Anleihe aufzunehmen. Er beabsichtigt auf diese Weise eine Debatte über die allgemeine auswärtige Politik zu veranlassen. Diese Debatte sei erforderlich, infolge des Gefühls des Unbehagens, welches die Erklärungen Pichons und Achrentzals nicht gerechtfertigt hätten.

Die Pest in China.

London, 1. Februar. Wie das Reutersche Bureau aus Peking meldet, sind in Tientsin sechs Todesfälle und in Peking ein Todesfall an Pest vorgekommen. Alle Eingeborenen, die mit den Erkrankten in Berührung gekommen waren, sind isoliert worden. Die Lage in der Randchurei ist im allgemeinen unverändert.

Eisenbahnunfall.

Tortosa, 1. Februar. (W. L. B.) Der Postzug Valencia-Barcelona ist zwischen Dropeja und Torreblanca entgleist. Einzelheiten fehlen; es sollen mehrere Personen verunglückt sein.

Attentat auf den Gouverneur von Japan.

Teheran, 1. Februar. (Redung des Reuterschen Bureaus.) Heute morgen wurden auf den Gouverneur von Japan und seine Reffen von dem früheren Polizeichef, der russischer Anterant ist, mehrere Schüsse abgegeben. Ein Reffe wurde tödlich, der Gouverneur lebensgefährlich verwundet. Der Mörder floh in die russische Gesandtschaft.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

110. Sitzung. Mittwoch, den 1. Februar 1911, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Vermuth.

Die dritte Beratung des

Zuwachstenergesetzes

wird fortgesetzt.

Eine Reihe von Paragraphen wird teils debattelos, teils nach unwesentlicher Debatte nach dem Kompromissantrag Graf Seftarp und Genossen angenommen.

Bei § 35a, der als Rechtsmittel gegen den Steuerbescheid die Beschwerde und das Verwaltungsstreitverfahren vorsieht, begründet Abg. Trimborn (Z.) einen Antrag, den ordentlichen Rechtsweg zuzulassen.

Reichsfinanzsekretär Vermuth bittet dringend, in dritter Lesung nicht noch die Rechtsmittel, die nach langen Beratungen beschlossen sind, abzuändern.

Abg. Jund (natl.) bekämpft ebenfalls den Antrag Trimborn; der Rechtsweg sei teurer als das Verwaltungsstreitverfahren.

Abg. Dove (Sp.) bekämpft auch den Antrag Trimborn; er würde eine starke Belastung des Reichsgerichts zur Folge haben.

Der Antrag Trimborn wird abgelehnt.

Bei § 49, der dem Reich 50 Proz., den Gemeinden 40 Proz. und den Bundesstaaten 10 Proz. des Ertrages der Steuer zusichert, beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.), den Gemeinden 60 Proz., dem Reich nur 30 Proz. zu geben und außerdem soll das Reich aus seinem Anteil jährlich 6 Millionen Mark zur Fürsorge für die Kriegsveteranen verwenden.

Abg. Gähre (Soz.):

Wir haben unseren Antrag aus der zweiten Beratung wiederholt, weil es unbedingt notwendig ist, den Gemeinden einen größeren Anteil an dem Ertrage der Steuer zu gewähren, und weil es weiter nötig ist, die Unterstützung der Veteranen im Gesetz festzulegen. Die in der zweiten Lesung und gemachten Einwände erscheinen uns in keiner Weise stichhaltig.

Abg. Cuno (Sp.) bekämpft den Antrag Albrecht und begründet einen Antrag, bei der Regelung der Verteilung des gemeindlichen Anteiles zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden durch die Landesgesetzgebung den Gemeinden über 2000 Einwohner 75 Prozent des Anteils zu belassen.

Abg. Dr. Weber (natl.): Der sozialdemokratische Antrag ist ganz unlogisch, da ja die Sozialdemokraten das ganze Gesetz ablehnen wollen.

Abg. Gähre (Soz.):

Wenn Sie unsere Anträge annehmen, wird unsere Stellung zum Gesetz eine andere werden. Wir machen jetzt wieder einen Versuch, das Gesetz zu verbessern; nehmen Sie also unseren Antrag an und warten Sie ab, wie wir uns dann zum Gesetz stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsfinanzsekretär Vermuth: Nur durch die Annahme des Gesetzes ist es möglich, den Umsatzstempel abzubauen.

Abg. Dr. Fothoff (Sp.): An den Abbau des Umsatzstempels glaube ich nicht. Bis zum 1. Juli 1914 werden Verhältnisse eintreten, die seinen Abbau nicht erlauben.

Reichsfinanzsekretär Vermuth: Ich kann nur auf das Bestimmteste versichern, daß der Abbau des Umsatzstempels so erfolgen soll, wie er nunmehr in § 56a vorgesehen ist.

Die Anträge Albrecht und Cuno werden abgelehnt, § 49 wird unverändert angenommen.

Bei § 49a, der den Gemeinden das Recht gibt, Zuschläge zu erheben, begründet

Abg. Cuno (Sp.) einen Antrag, bei dem Sage: „Die Zuschläge dürfen für die verschiedenen Grundstücksarten verschieden festgesetzt werden“ hinter „Grundstücksarten“ einzuschalten: „und nach der Dauer des für die Steuererhebung maßgebenden Zeitraums“.

Abg. Raab (Wirtsch. Bg.) erklärt sich mit diesem Antrag einverstanden.

Der Antrag wird angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen, dem Gesetz einen neuen § 58 zuzufügen: „Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Händlungswarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 außer Kraft.“

Abg. Drey (Soz.)

(Mit ostentativer Unruhe vom schwarzbauen Bloß empfangen): Der Steuerfreiheit der Landesfürsten haben Sie gestern zwei

Stunden gewidmet; dem Versuch, das Elend der Händlungsarbeiter zu mildern, suchten Sie sich zu entziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als bei der zweiten Lesung mein Parteifreund Gähre von der Rot und dem Elend sprach, das bei den Händlungsarbeitern eingeleitet ist, erschollen rechts und aus der Mitte Rufe des Widerspruches. Inzwischen haben die Fabrikanten der Händlungswaren auf ihrer Generalversammlung selbst den traurigen Zustand ihrer Industrie geschildert. Wenn ein Steuerergesetz die Ursache solcher Not ist, haben die gesetzgebenden Faktoren die Pflicht, sobald als möglich eine Aenderung herbeizuführen. Unser Antrag zeigt den Weg, um aus der Misere herauszukommen. Eine weitere Verschlechterung steht bevor, weil der Auslandsbedarf zurückgeht. Die Selbsthilfe der Fabrikanten hat versagt, ebenso die zum Schutz der Industrie in das Gesetz aufgenommenen Bestimmungen.

den Schutz der Arbeiter hat man im Gesetz außer acht gelassen.

(Zunächst bei den Sozialdemokraten: Wie gewöhnlich!) Drei Monate vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ließ man die Arbeiter 20 Ueberstunden pro Woche machen — die alte Gewohnheit, man läßt die Arbeiter skapan, um sie dann um so schneller zu entlassen. Eine Statistik, welche 84 Betriebe, das ist die Hälfte aller mit der Mehrzahl der Arbeiter, umfaßt, ergab, daß schon im letzten Quartal 1909

22 Betriebe ihren Betrieb einschränken

und die Arbeiter mit Ausnahme „beglückten“ mühten, die Arbeiter erlitten eine Einbuße von 174 Arbeitsstunden und 805 wurden entlassen; im Jahre 1910 stieg die Zahl der Betriebe, welche die Arbeitszeit einschränkten, auf 25, und weitere 978 Arbeiter, also im ganzen 1783, wurden arbeitslos als Opfer der Händlungswarensteuer, eine ganz ungeheure Zahl im Vergleich zu der Zahl der Beschäftigten. Wenn wir im Interesse der in Rot und Elend gestochenen Arbeiter und im Interesse der Industrie den Versuch machen, die furchtbaren Folgen dieser Steuer zu beseitigen, so müssen Sie uns das als Verdienst anrechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in diesem Jahre waren mehrere große Fabriken gezwungen, den Betrieb einzustellen. Was will der blauewäsenige Bloß und was will die Regierung tun zur Unterstützung der

Opfer ihrer Finanzreform?

Sie sprachen von einer Besteuerung auch der Händlungswarensteuern. Das würde aber das Uebel nicht beseitigen, sondern vermehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Durch die Besteuerung von Feuer und Licht hat Deutschland sich in den Verdacht gebracht, ein Land zu sein, wo die Finsternis und die dunkeln Mächte gehet und gepflegt werden. Es liegt also im Interesse des Reiches, der Industrie und der Arbeiter, wenn Sie unseren Antrag annehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) wird abgelehnt.

In der Gesamtstimmung, die namentlich ist, wird das Gesetz mit 199 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der vorgestern abgebrochenen Beratung über die Petitionen betr. Aenderung des Impfgesetzes und

Aufhebung des Impfwanges.

Abg. Sasse (Soz.):

Wenn die Verteidiger des Impfwanges sich ihrer Sache so sicher wären, wenn wirklich die Wissenschaft ihr letztes Wort in dieser Sache gesprochen hätte, so brauchen die Herren von der Regierung und der Kollege Dr. Arning nicht den herausfordernden, beleidigenden, ja beschimpfenden Ton gegen die Impfgegner anzuschlagen, wie sie ihn neulich angeschlagen haben. Mit Recht protestieren die Impfgegner dagegen, daß man fortwährend ihre Bestrebungen verächtlich — Herr Kollege Arning tat sich sehr viel zugute auf seine Eigenschaft als Sachverständiger und war mit Zahlen außerordentlich freigebig. Aber er weiß doch, daß man aus Zahlen alles Mögliche herauslesen kann. (Zustimmung.) So muß er denn anderen Leuten schon erlauben, andere Resultate aus seinen Zahlen herauszulesen, als er.

Die impfgegnerische Bewegung würde nicht diesen Umfang angenommen haben, wenn nicht etwelich

geschleichte Fälle schwerer Schädigung durch die Impfung

sich ergeben hätten. (Sehr richtig! bei den Impfgenern.) Männer der Wissenschaft, anerkannte medizinische Autoritäten, Stabsärzte, Professoren, Ärzte stehen an der Spitze der impfgenerischen Bewegung. Und da waagt man es, diese Bewegung als eine verbrecherische hinzustellen. In die Verurteilung dieser Art der Kampf-

Aristokratie sich gegen das Unglück Veethobens so gleichgültig zeigte, bejubelte das Volk Wiens das letzte Meisterwerk des Großen.

Der Geburtstag des Feuilletons. Am 28. Januar beging, wie ein Mitarbeiter der „Münd. N. N.“ ausgerechnet hat, das Feuilleton seinen Geburtstag, und zwar seinen 111. Es mag wohl manchem erstaunlich sein, daß man so bis auf den Tag genau die Zeit seines Entstehens bestimmen und von einer förmlichen Gründung dieser Gattung journalistischer Gebilde sprechen kann, die, wie jede Kunstform, als das Endergebnis jahrzehntelanger Zusammenwirkens, langsam gestaltender Entwicklung ammet. Und doch ist es so, man kann genau das Geburtsdatum angeben: es ist der 8. Pluviose des Jahres VIII (der 28. Januar 1800). In diesem Tage erschien das „Journal des Debats“ in Paris zum ersten Male abgeteilt, die Rubrik unter dem Strich mit der neuen und seither so vertraut gewordenen Ueberschrift „Feuilleton“ bezeichnet.

Freilich, damals sah diese Rubrik noch erheblich anders aus als heute; aber die reinliche Scheidung zwischen Oben und Unten war damit bereits gegeben und das Feuilleton dank der Frömmigkeit des Zeitungsbefehlsherrn Verlin gegründet. Zunächst bezweckte dieser nichts anderes als eine räumliche Trennung verschiedener gearteter und verschieden gestimmter Dinge. Politik und alles, was dazu gehörte, literarische Vespredungen ernsthaften Inhaltes, Theaterkritiken gelehrter Fassung gehörten damals noch über den Strich, alles übrige jedoch, was der Tag brachte, kleinere Notizen aus den Theatern, Modeberichte, Kochrezepte, Charaden, ja sogar Reklamen und Annoncen standen unter dem Strich. Was man also damals zum ersten Male mit „Feuilleton“ (von feuille, das Blatt = kleines Blatt) bezeichnete, stellte zunächst noch nichts anderes dar, als ein jahrmärkliches Aunterbunt, in das allerdings gar bald eine um vieles ernstere Physiognomie kam durch die Ankündigung, die Verlin am 19. Februar, also schon drei Wochen nach der Gründung der neuen Rubrik, von dieser Stelle aus seinen Abonnenten mitteilte: „In diesem Feuilleton wird über die neuen Aufführungen der verschiedenen Bühnen und die Debüts der Schauspieler Bericht erstattet werden.“ Bis dahin war dies nicht geschehen.

Die erste Leichenverbrennung in Deutschland. Die erste Leichenverbrennung in Deutschland fand, was jetzt namentlich anlässlich der bevorstehenden Verhandlungen über dieses Thema im preussischen Landtag interessanter dürfte, vor bereits nahezu vierzig Jahren in Dresden statt, und zwar in der Glasfabrik von Friedrich Siemens, in einem eigens dafür konstruierten Ofen mittels erhitzter Luft. Am 2. und 3. Juni 1874 wurden dort — in Gegenwart von Professoren und Ärzten — zuerst Versuche mit der Verbrennung von Tierkadavern unternommen, wobei man mit Verfriedigung konstatierte, daß diese Einäscherungen ohne üblen Geruch vor sich gingen. Besonders am zweiten Tage war dieses Resultat günstig, als ein halbes Pferd von 200 Pfund Gewicht durch Heißluft ohne Anwendung von Flammen binnen zwei Stunden zu einem Aschenrückstand von 10 Pfund verbrannt wurde. Die erste Verbrennung einer menschlichen Leiche, und zwar der 23 Jahre alten verstorbenen Gattin eines Stuttgarter Arztes, fand dann in Dresden Freitag, den

weisse Können doch auch Anhänger des Impfwanges einstimmen, wenn der Fanatismus sie nicht völlig verblendet. (Lebhafte Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Ein volles Fiasko hat die Impfung z. B. in Japan erzielt. Das gibt den Ärzten recht, die darauf hinweisen, daß die Verringerung der Wohnungsverhältnisse, die Verbreitung besserer hygienischer Grundsätze, wie sie in erster Linie den Naturheilvereinen verbant wird, jedenfalls mehr zur Verhütung der Boden beigetragen haben, als die Impfung. Wohl verstanden, es sind selbst Impfanhänger, die unter dem erdrückenden Gewicht des vorliegenden Materials auf dieser Folgerung gelangt sind. (Hört! hört!) Die Naturheilvereine, will ich bei dieser Gelegenheit nicht vergessen zu erwähnen, haben sich ganz besondere Verdienste um die Vermehrung der Wäder erworben. Sie sind es vielfach gewesen, die es erreicht haben, daß auch in sehr kleinen Gemeinden öffentliche Wäder errichtet wurden. Schon dies große Verdienst sollte sie vor Verdächtigungen und Verleumdungen bewahren. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Die Abnahme der Pocken ist wie die Abnahme der Pest im wesentlichen auf die Fortschritte zurückzuführen, die die Reinlichkeit gemacht hat. Daß Europa so lange von der Pest verschont geblieben ist, ist ebenfalls hierauf zurückzuführen. Es wird jetzt in Hinblick auf das Auftreten der Pest in Ostasien auch die Schutzimpfung gegen die Pest gefordert. Offenlich verfaßt man nicht wieder in den Fehler, einen neuen Impfwang einzuführen.

Aus allen diesen Gründen bitten wir um Annahme unseres Antrages, daß wenigstens die Teile der einschlägigen Petitionen, die um Aufhebung des Impfwanges bitten, dem Reichskanzler zur Verächtigung überwiesen werden. Wir wollen selbstredend kein Verbot der Impfung, wir wollen nur die Befreiung des Gewissenszwanges. (Sehr richtig! bei den Impfgenern.) Wir akzeptieren auch den Zusatzantrag des Herrn von Damm und Genossen, wonach auch die Petitionen zur Verächtigung überwiesen werden sollen, welche eine staatliche Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten verlangen.

Der Kollege Pfeiffer hat hier von einem Beamten des Polizeipräsidiums gesprochen, der geäußert habe, die Eltern müßten in Ketten gelegt werden, die ihre Kinder der Impfung entziehen. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich kenne den Herrn nicht, der so gesprochen haben soll. Das aber muß ich sagen, wenn sich wirklich Polizisten finden sollten, die Leute aus diesem Grunde in Ketten legen,

so sehen diese Polizisten beinahe auf gleicher Stufe mit dem Gendarmen Wänter,

der, wie sich jetzt unzweifelhaft herausstellt, unschuldige Leute ins Ruchthaus gebracht hat (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und den man deshalb ohne Ueberretzung einen der größten Lumpen nennen darf, die je existiert haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Ich bitte nochmals, unserem Antrage stattzugeben, der einen unerträglichen Gewissensdruck beseitigen will. (Lebhafte Beifall bei den Impfgenern.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß nach wiederholten Gerichtsentscheidungen unfreiwillig der Polizei das Recht zusteht, eventuell physischen Zwang anzuwenden. Es sei aber durchaus nicht glaubhaft, daß ein Beamter des Polizeipräsidiums gedroht habe, Ketten anzuwenden. (Abg. Pfeiffer (Z.) ruft erregt: Und das Wort ist doch gefallen! — Vielfaches Hört! hört!)

Abg. v. Damm (Wirtsch. Bg.) tritt für den Antrag Sasse-Eberling (Ueberweisung zur Verächtigung) und den von ihm gestellten Zusatzantrag (Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten) ein. Nach den Reichstagsverhandlungen über diese Frage zu schließen, habe der Reichstag seinerzeit kein Zwangsgesetz schaffen wollen. Das Oberverwaltungsgericht aber hat sich für die Zulässigkeit des Zwanges ausgesprochen. Dadurch sind unerträgliche Gewissenskonflikte heraufbeschwoeren worden. (Lebhafte Zustimmung bei den Impfgenern.)

Abg. Hornmann (Sp.): Wir sind der Ansicht, daß jedenfalls die hart umstrittene Frage der Impfung einer gründlichen, objektiven Erörterung bedarf. Ich persönlich möchte mich für Aufrechterhaltung des Impfwanges aussprechen, aber ich mißbillige aufs allerentschiedenste die argen polizeilichen Mißgriffe. Jedenfalls muß eingehend geprüft werden, ob nicht den Impfgenern soweit entgegenzukommen ist, daß dem Impfgesetz eine Gewissensklauel einzufügen ist, wonach die Kinder der Personen, die die Impfung nicht vor ihrem Gewissen verantworten zu können erklären, vom Impfwange befreit werden.

6. November desselben Jahres, abends 7 Uhr, in dem Siemenschen Ofen statt. Seither ist in Dresden noch keine Leichenverbrennung wieder erfolgt, doch sind innerhalb Sachsens in Leipzig, Chemnitz und Jittau Krematorien seit einigen Jahren in Betrieb.

Ein anatomisches Wunder. Zwischen den Erfahrungen der Anatomie und den Vorstellungen im Panoptikum besteht seit so langer Zeit eine Art von Austauschverkehr, als es diese Sorte von Anstalten überhaupt gibt. So wird wahrscheinlich auch ein Mann seinen Weg zu diesen Schaustellungen finden, der von Dr. Max Herz in der letzten Sitzung der Gesellschaft der Ärzte in Wien vorgeführt wurde. Dies sonderbare Wesen besitzt eine ganz wunderbare Fähigkeit, willkürlich auch solche Muskeln zu bewegen, über die der Mensch sonst gar keine Gewalt hat. Angeblich hat er diesen eigenartigen Vorzug nicht von Geburt erhalten, sondern durch mühsame Arbeit erworben. Daß er einige Muskeln an den Gliedmaßen einzeln zu bewegen vermag, mag noch verständlich erscheinen. Erstaunlicher ist diese Fähigkeit schon bei einigen Teilen der Gedärme. Aus Unglaubliche aber grenzt die Art, wie er mit seinem Herzen umzugehen weiß. Er kann willkürlich nicht nur eine Verlangsamung des Pulschlages, sondern sogar für einige Sekunden einen völligen Stillstand des Herzens herbeiführen. Außerdem ist er fähig, das Herz nach rechts, nach links und nach unten zu verchieben, wahrscheinlich durch Vermittlung des Zwerchfells. Ueberhaupt sind seine Leistungen fast unbegrenzt und erstrecken sich auf fast alle möglichen Körperteile. So kann er auch die Pupille seiner Augen beliebig erweitern und verengen. Auch noch andere Phänomene stehen ihm zu Gebot, indem er beispielsweise imstande ist, auf Verlangen eine Hantelhaut auf dem Arm hervorzurufen oder auch an einer bestimmten Stelle der Haut nur durch seine Willenskraft eine Rötung und Schwellung zu erzeugen. Als Erklärung wenigstens einiger dieser Leistungen kann nur die Psychologie dienen. Nach eigener Beschreibung des Mannes ruft er nämlich gewisse Vorstellungen dabei zu Hilfe. Die Hantelhaut z. B. zaubert er dadurch herbei, daß er sich in einen ungeheizten Raum versetzt wohnt. Um eine Hautstelle rot werden zu lassen, stellt er sich vor, daß er an der betreffenden Stelle operiert werden soll. Auch die Verlangsamung des Herzschlages scheint in einem solchen Zusammenhange begründet zu sein, indem der Mann sich eintredet, daß er zu rasch gehe.

Notizen.

— Theaterchronik. Im Neuen Volkstheater bringt die Neue freie Volksbühne am Sonnabend Eubermanns seit der Berliner Uraufführung hier nicht mehr gesehene Komödie „Die Schmetterlingsflucht“ zur Aufführung.

— Vorträge. In der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft sprechen am 3. Februar im Rathause, Zimmer Nr. 100 (Eingang Jähnsstraße), H. Behrens und A. Weisse über: „Das Gold in natur- und kulturgeschichtlicher Beleuchtung“. Eintritt frei.

— Die Neue Sezession wird ihre III. Ausstellung (Gemälde und Plastik) bereits Mitte Februar bis April abhalten.

Kleines feuilleton.

Rossini bei Veethoben. Trotz seines stark ausgeprägten Selbstbewußtseins hegte der geniale Schöpfer des „Barbiers von Sevilla“ eine tiefe, ja grenzenlose Verehrung für den größten Meister deutscher Tonkunst, für Veethoben. Aber Rossini wußte, daß Veethoben schwer zugänglich war, und um den Titanen wenigstens einmal gesehen und gesprochen zu haben, wandte er sich an einen Freund von Veethoben, der es auch schließlich durchsetzte, daß der italienische Meister empfangen wurde. Die „Stampa“ gibt eine fesselnde Schilderung dieser denkwürdigen Zusammenkunft. Als Rossini eintrat, war Veethoben mit der Korrektur einer Partitur beschäftigt und setzte eine Zeitlang ruhig diese Arbeit fort. Dann blickte er auf und sagte zu dem Gäste: „Sie sind der Komponist des Barbiers? Diese komische Oper ist von allererstem Range, ich habe sie mit viel Freude gelesen, und so lange italienische Werke gespielt werden, wird Ihre Oper immer gegeben werden. Aber glauben Sie mir eines: Verlassen Sie nie diese Art, in der Sie unübertrefflich sind. Versuchen Sie nie, ernste Opern zu komponieren, denn Sie werden darin nichts Gutes zustande bringen.“ Hier mischte sich der Freund, der Rossini eingeführt hatte, ins Gespräch und bemerkte: „Aber der Herr Rossini hat bereits ernste Werke geschrieben, die ich Ihnen geschickt habe, teurer Meister. Zum Beispiel „Dikello“ und „Tancred.“ „O, die habe ich durchgeblättert: aber die Italiener haben nicht das, was dazu gehört, um das ernste Genre zu pflegen. Ihr Feld ist die komische Oper. Dazu braucht man ein lebhaftes Temperament und alle jene Eigenschaften, die ihnen im Blute liegen. Aber um ernste Werke zu schaffen, bedarf es einer gewissenhaftigkeit, die ihnen fehlt. Sehen Sie, Vergoleffi! Seine Oper „Serva padrona“ ist schlechthin unüberwindlich. Sein „Stabat mater“ wird hochgeschätzt. Und zweifellos ist es aus einem Gefühl tiefer Ergriffenheit hervorgegangen, aber es fehlt ihm die Abwechslung der Form, und das kommt von der Tatsache, daß die Form nicht vom Wissen erneuert worden ist.“ Als die Unterredung zu Ende war, schien es, als ob Rossini weine. Aber er weinte nicht über das Urteil Veethobens, der ihm die Fähigkeit absprach, eine ernste Oper zu komponieren; er weinte darüber, daß das Quartier, in dem Veethoben ihn empfangen hatte, so armselig und verfallen war, daß durch Rigen und Spalten an der Zimmerdecke der Regen ins Zimmer hinabtaufelte. Er weinte darüber, den großen Mann der schlichtesten Bequemlichkeit entblößt zu sehen, und als er am Abend in eine aristokratische Gesellschaft geladen war, fragte er die Wiener: „Wie ist es möglich, daß Sie Veethoben in einer so erbärmlichen Hütte schmachten lassen? Warum deranholtet man nicht eine Sammlung?“ Die Antwort bestand in allerlei Ausflüchten, man ging auf die Frage nicht ein. Nun versuchte Rossini selbst eine Subskription zu organisieren, um dem großen Meister ein ständiges Heim zu bieten. Aber seine Bemühungen blieben erfolglos, er brachte kaum einige Gulden zusammen. An demselben Abend aber, da die Wiener

Abg. Dr. Hoffender (S., schwer verständlich) begründet seinen Antrag zum zweiten Male anders formulierten Antrag, der hauptsächlich die Einsetzung der Gewissensklausele ins Impfgesetz, eventuell die Einsetzung einer zu gleichen Teilen aus Impffreunden und Impfgegnern bestehenden Kommission fordert.

Abg. Dr. Dahn (L.): Wir stimmen dem Teile des Antrages Hoffender zu, der die Einsetzung einer paritätischen Kommission fordert. Es ist nicht zu bestreiten, daß bei der Impfung schon Krankheiten übertragen worden sind. Wo solches beobachtet ist, kann man sich nicht wundern, daß die Eltern ihre Kinder nicht zum Impfen hergeben wollen. In Preußen entspricht es nach den Ausführungsbestimmungen dem Gesetz, die Kinder auch zwangsweise dem Impfarzt zuzuführen. Soll ein solcher Zwang aufrecht erhalten bleiben, so müssen wir sicher sein, daß die Impfung das einzige und sichere Mittel ist, unter Volk vor schwerem Schaden zu bewahren. Nun sind aber die Ärzte durchaus geteilter Meinung, es gibt ganz hervorragende medizinische Autoritäten, welche das fast vollständige Erlöschen der Pocken in Deutschland nicht auf die Zwangsimpfung, sondern auf die verbesserte allgemeine Prophylaxe zurückführen. Deshalb verlangen wir eine erneute objektive wissenschaftliche Prüfung der Frage durch eine objektive Kommission.

Seiner Obermedizinalrat Dr. Kähler warnt vor einer Unterdrückung der Pockengefahr. Die Pocken sind derartig in Vergehenheit geraten, daß das Publikum und vielfach sogar Ärzte sie gar nicht mehr kennen und daher beim Beginn auch nicht erkennen. Der Keim gibt eine genaue Schilderung der Pockenkrankheit und ihres Verlaufes. Die Erfolge der Impfung sind glänzende, trotz aller Behauptungen der Impfgegner. (Weißfall bei den Impffreunden.) Wie die Impfgegner stets geklämpft haben und auch heute noch klämpfen, dafür nur ein Beispiel: Hier habe ich ein Buch, in welchem Dr. Jenner mit Leuten dargestellt ist, die er geimpft hat; da sehen Sie einen Jungen, dem auf dem Arme eine Wunde ist, eine Frau, der aus dem Munde eine Blase herauspringt. (Große Heiterkeit.) — Weitere Ausführungen bleiben bei der leisen Stimme des Redners ganz oder teilweise unverständlich. Unter andern verweist er wieder auf das Beispiel der deutschen Kammer, die 1870 im Gegensatz zur französischen fast pockenfrei geblieben sei. In der Schweiz, Belgien, Frankreich, Rußland treten fortgesetzt die Pocken auf; da dürfen wir nicht daran denken, die Schutzimpfung abzuschaffen oder zu durchbrechen. (Weißfall bei den Impffreunden.) Die sogenannten Impfschäden haben sich bei näherer Prüfung stets als erfundene herausgestellt, teils als außerordentlich übertrieben, teils hatten sie mit der Impfung gar nichts zu tun. — Ganz undurchführbar ist die Forderung, daß für die sogenannten Impfschäden Entschädigungen gewährt werden sollen. Dann würden bald alle Eltern, deren Kinder durch Sorglosigkeit, Vernachlässigung, Unsauberkeit Schädigungen nach der Impfung erlitten haben, mit Entschädigungsansprüchen kommen. — Von einem Zusammenwirken der Impfgegner und Impffreunde in einer Kommission verpfeche ich mir angesichts des hegerischen Tons der Impfgegner nichts, der ein Zusammenarbeiten mit ihnen nahezu unmöglich macht. Wenn aber der Reichsanwalt eine solche Kommission einleitet — wir Impfanhänger sähen eine nochmalige Prüfung nicht. Gehen Sie über die ganzen Petitionen zur Tagesordnung über. (Lebhafter Weißfall bei den Impffreunden. Da! — Rufe bei den Impfgegnern.)

Vizepräsident Schulz teilt mit, daß sich noch sieben Redner zum Wort gemeldet haben. (Heiterkeit.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Vizepräsident Schulz teilt mit, daß eine Interpellation Graf Kanitz (L.) über die Ueberchwemmung des deutschen Geldmarktes mit fremden Papieren eingelaufen ist.

Nächste Sitzung: Montag, 6. Februar, 2 Uhr (Zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.)

Schluß 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom Mittwoch, den 1. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, Weseler.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster.

Minister des Innern v. Dallwitz betont, daß es sich darum handle, in den betreffenden Regierungsbezirken die örtliche Polizeiverwaltung hinsichtlich der Sicherheitspolizei besonders staatlichen Behörden oder Beamten zu übertragen.

Abg. Schulze-Belkum (L.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Gemeindefunktion. Im allgemeinen seien seine Freunde mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Schmedding (S.) schlägt die Ueberweisung an die im stehenden Mitglieder verstärkte Gemeindefunktion vor.

Abg. Nöbling (nat.) schließt sich dem Vordrucker an.

Abg. Liebnecht (Soz.):

Die hier geplante Polizeieingemeindung steht im krassen Widerspruch zu der Abneigung gegen die kommunalen Eingemeindungen, die sonst bei der Regierung zutage tritt. Warum schafft man nicht entsprechend der industriellen Entwicklung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes im Sinne der Selbstverwaltung einen engeren Zusammenschluß der Gemeinden zur Erfüllung ihrer gemeinsamen kulturellen Aufgaben. Auf diese Weise könnte man auch den Uebergriffen der großen Truhs besser gegenüberstehen. Das ganze Gesetz hat offenbar nur den Zweck, gegenüber der wachsenden Macht der Arbeiterorganisationen im Ruhrrevier die Macht der Staatsgewalt zu stärken, das heißt die Macht der Grundbesitzer, die Macht der Unternehmer der schweren Industrie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zur Sache.

Abg. Liebnecht (fortfahrend):

Zum ersten Male wurde der Wunsch nach Einbringung eines solchen Gesetzes geäußert von dem Abg. Schmedding. Das Zentrum hat sich nicht geäußert, den Arbeitern des Ruhrreviers dies Mißtrauensvotum auszustellen, das in einer solchen Organisation der Polizeigewalt liegt, es hat gegen die Arbeiter, zum Teil also gegen seine eigenen Anhänger die Staatsgewalt in ihrer brutalen Form, der Polizei, angerufen. Der Oberkammerherr Herr Schmedding von den Nationalliberalen schloß sich damals natürlich Herrn Schmedding an. Wir betrachten dies Gesetz als eine Spezialantragsvorlage für das Ruhrrevier,

als Ergänzung zu dem bekannten Bissing'schen Korpsbefehl. (Rufe rechts: Zur Sache!) Dieser Bissing'sche Korpsbefehl enthält bekanntlich eine Aufforderung zur Ungehorsamkeit, nämlich zur Festnahme der durch die Immunität geschützten Abgeordneten. Wir haben aber nicht davon gehört, daß der Staatsanwalt sich dieser Sache angenommen hat.

Präsident v. Kröcher: Ich rufe Sie zum zweiten Mal zur Sache und mache Sie auf die geschäftsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Liebnecht (fortfahrend): Wenn wir in Rußland lebten, würden wir sagen können, daß dieser Gesetzentwurf die Einrichtung eines verfallenen Schreyes, einer Art Kriegszustandes bedeutet. Und das geschieht sobald nach dem Jubiläum der Städteordnung. Man räumt hier mit der Selbstverwaltung in einer Weise auf, gegen die wir auf das Schärfste protestieren müssen. Wir wünschen im Gegenteil, daß die Polizei aus einer staatlichen wieder eine kommunale wird, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß die königliche Polizei durchaus nicht im Interesse der Bürgerschaft verwaltet wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben wir einen solchen Antrag gestellt. In den Motiven ist davon die Rede, die lgl. Polizei habe sich glänzend bewährt. Davon haben wir bei den Roabiter Krawallen

nichts gemerkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts: Zur Sache.) Diese ganze Vorlage bedeutet nichts als eine Provokation der Arbeiter des Ruhrreviers, mindestens ein unberechtigtes Mißtrauensvotum gegenüber der Arbeiterschaft. Sie beweist, daß man

im Ruhrrevier mit Blut und Eisen regieren,

sich auf eine friedliche Verständigung mit den Arbeitern nicht einlassen will. Bereits früher ist wiederholt im Ruhrrevier Militär requiriert worden. Denken Sie, was es heißt, in aufgeregten Zeiten eine Menge von Hunderttausenden zusammenzuhalten. Das ist der Sozialdemokratie gelungen.

Präsident v. Kröcher ruft den Redner zum dritten Mal zur Sache und richtet die Frage an das Haus, ob es den Redner noch weiter hören wolle.

Gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten beschließt das Haus, dem Redner das Wort zu entziehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerbittlich!)

Abg. Liebnecht (Soz.): Angenagelt sind Sie doch.

Die Vorlage wird hierauf an die verstärkte Gemeindefunktion verwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des

Justizgesetzes.

Bei den „Einnahmen“ erörtert Abg. Bell (S.) die Frage der Konkurrenz, die dem Handwerk durch die Beschäftigung Gefangener erwächst.

Ein Regierungskommissar betont, daß, um diesen Klagen nach Möglichkeit zu begegnen, die Löhne für Gefangenearbeit in acht Jahren um etwa 25 Prozent gesteigert werden seien.

Abg. Bölsly (nat.): Eine gut geleitete Arbeit der Gefangenen ist das beste Erziehungsmittel für sie zu einem ordentlichen Leben. (Sehr richtig!) Die Konkurrenz für das Handwerk würde am besten beseitigt, wenn man statt langer Strafen lieber kurze, schwere Strafen verhängen würde.

Abg. Rosenow (Sp.) erkennt an, daß auf diesem Gebiete eine gewisse Besserung zu verzeichnen sei. Die eingetretene Lohnerhöhung ist angesichts der auch sonst gestiegenen Löhne keine sehr erhebliche.

Abg. Merlen (S.): Wir legen Wert darauf, daß angesichts der Lage des Handwerks der Gesichtspunkt der Rücksichtnahme auf dieses in den Vordergrund treten muß gegenüber dem andern, daß eine Beschäftigung der Gefangenen notwendig ist. Auf jeden Fall sollte man sich in den Gefängnissen auf Handarbeit beschränken und Maschinen ausschließen.

Abg. Liebnecht (Soz.):

Wir stellen in den Vordergrund die Notwendigkeit der Erziehung der Gefangenen zur Kräftigung für den späteren Kampf ums Dasein. Diese Notwendigkeit wird auch von den offiziellen Autoritäten auf diesem Gebiete anerkannt. Eine Schmutzkonkurrenz für das Handwerk durch die Gefängnisarbeit wünschen natürlich auch wir nicht. Das Mittel der Lohnerhöhung ist gewiß sehr verständlich, ich habe im vorigen Jahre selbst darauf hingewiesen. Die bisher erfolgte Lohnerhöhung ist freilich keine ausreichende. Die Außenarbeit von Gefangenen bringt für diese unter Umständen schwere gesundheitliche Schädigungen mit sich. Vor allem muß die Gefangenearbeit eine produktive sein, eine sinnlose Arbeit hat keine erzieherische Wirkung. Der Erziehungszweck der Arbeit wird übrigens nur erreicht, wenn man die Arbeit im Gefängnis auch an solche maschinelle Arbeit gewöhnt, wie sie draußen von ihnen verlangt wird. Der Grund dafür, daß die Löhne der Gefängnisarbeit nicht die Höhe der Löhne freier Arbeiter erreichen, liegt eben darin, daß man im Gefängnis meist nur die rüchständige Handarbeit betreibt. Man sollte vielmehr dazu übergehen, große maschinelle Betriebe für die Gefangenen zu organisieren. Bei der Kommission, die zur Beratung dieser Frage eingesetzt ist, sollten auch Vertreter der Arbeiter hinzugezogen werden, denn es handelt sich um eine Schmutzkonkurrenz für die Arbeiter. (Sehr richtig!) Die Interessen der Arbeiter freilich sind ja für die Regierung hehrsa, sie ist erfahrungsgemäß die geschworene Feindin der Arbeiter. Ich erlaube die Regierung, endlich diesen arbeiterfeindlichen, arbeiterbeleidigenden Standpunkt der vollkommenen Nichtachtung der Arbeiter aufzugeben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hammer (L.): Wie Herr Liebnecht als Arbeitervertreter zu einem solchen Vorschlag kommen kann, daß große maschinelle Betriebe von den Gefängnissen eingerichtet werden sollen, verstehe ich nicht. Dadurch würden sowohl Unternehmer wie Arbeiter ruiniert werden. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebnecht ist hier als freiwilliger Regierungskommissar aufgetreten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner bringt weitere Fälle von Schädigung einzelner Zweige des Handwerks durch die Konkurrenz der Gefangenearbeit zur Sprache.

Ein Regierungskommissar sagt Prüfung der Beschwerden zu.

Abg. Schröder-Kastel (L.): Die Steigerung der Löhne für Gefangenearbeit um 25 Proz. beweist wenig angesichts der Steigerung der Löhne im freien Wettbewerb um 50 Proz. und mehr. Es kommt auch in Betracht, daß die Löhne für Gefangenearbeit früher ganz besonders niedrig waren. Die Beschäftigung der Gefangenen in der Landwirtschaft ist durchaus gesund. (Sehr richtig! rechts.) Schon mit Rücksicht auf die Arbeiternot auf dem Lande sollte sie in möglichst umfangreichem Maße erfolgen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Der Schleiter der Wegeleistung der Herren für die Außenarbeit der Gefangenen ist ja durch den Herrn Vordrucker unvorsichtigerweise gelästert worden. Das ist für uns eine wertvolle Feststellung. Interessant war mir auch, daß der Herr Regierungskommissar kein Wort der Erklärung dafür gefunden hat, daß Arbeitervertreter zu der Kommission nicht hinzugezogen worden sind.

Damit schließt die Debatte, die Einnahmen werden bewilligt. Es folgt die allgemeine Debatte bei den Ausgaben, Titel „Minister“.

Abg. Brehmer (L.) regt eine Verstärkung der Rotare an. Die neue Strafprozessordnung wird, fürchten wir, keine Beschleunigung des Verfahrens bringen. Wir hoffen, daß die Regierung auf ihrem durch den Herrn Justizminister neulich betonten Standpunkt verharren wird, daß dem Gericht die Möglichkeit gegeben werden muß, die Beweiserhebung in dem ihm gerichtet erscheinenden Grenzen zu halten. Allein auf diese Weise würde den Praktiken einer gewissen Sorte von Verteidigern

begegnet werden können, die das Recht nicht mit finden, sondern es verschleiern und verdunkeln wollen. (Bravo! rechts.) Im

Roabiter Prozeß

hätte die Staatsanwaltschaft auf die langatmigen juristischen Ausführungen der Verteidiger bei den Anträgen auf Ablehnung des Gerichts nicht eingehen sollen. Der Gerichtssozial ist kein Disziplinierklub. Die Prozessführung und Leitung sollte zur entsprechenden Einfachheit zurückkehren. Große Beunruhigung hat die Aeußerung des Vorsitzenden im Roabiter Schwurgerichtsprozess hervorgerufen bezüglich des Gebrauchs der Schußwaffe gegen Polizeibeamte, die sich in nicht rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes befinden. Die

Schwarze der sozialdemokratischen Presse

Beweisen, wie unvorsichtig und für das betreffende Milieu unpassend diese Aeußerung gewesen ist. — Aus den Zeitungsberichten über die Sensationsprozesse kommt das Publikum zu solchen, ungerechten Urteilen. Wir hat einer der ersten Verteidiger gesagt, daß er immer entsetzt ist, wenn er in den Presseberichten liest, was er gesagt haben soll. (Heiterkeit.) Die

Berichterstattung des „Vorwärts“

über den Roabiter Prozeß war skandalös. Nur die Reagen wurden ausführlich wiedergegeben, die ungünstigen für die Polizei ausfanden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Große Unwahrheiten in solchen Berichten, die nur bestimmt sind, den Instanzen der Waffe zu schmeicheln und die Staatsautorität zu untergraben, sollten unter Strafe gestellt werden.

Die Zivilrichter müssen vor allem Zählung mit der Praxis des Lebens haben. Der Richterstand darf sich nicht als Klasse abschließen. In diesem Sinne muß auch die Ausbildung der jungen Juristen erfolgen. (Bravo! rechts.)

Minister Weseler: Das Auffehen, das die Rechtsbelehrung des Vorsitzenden im Roabiter Schwurgerichtsprozess erregt hat, hat diesen ja selbst veranlaßt, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit einer mißverständlichen Auffassung seiner Darlegungen entgegenzutreten. Da offizielle Aufzeichnungen über solche Aussprüche des Vorsitzenden nicht stattfinden, kann ich eine authentische Vorlegung des Vorgangs natürlich nicht geben. Auch muß ich selbst mit meinem Urteil zurückhalten, da das Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Wir hat der Vorsitzende mitgeteilt, daß er es für nötig gehalten habe, den Begriff der rechtmäßigen Amtsausübung durch Anführung eines von ihm theoretisch in Anlehnung an einen in der Verhandlung hervorgetretenen Fall recht konstruierten Beispiels nicht rechtmäßiger Amtsausübung den Geschworenen klarzumachen. In der Presse ist dann mißverständlich aus seinen Worten gefolgert worden, daß jedermann, der sich in berechtigter Notwehr befindet, alsbald zu den schärfsten Mitteln des Widerstandes greifen dürfte. Das ist falsch. Ebenso falsch ist noch konstanter Rechtsprechung des Reichsgerichts die Ansicht, daß die irrtümliche Meinung, man befände sich in Notwehr gegenüber unrechtmäßiger Amtsausübung, den Gebrauch von Gewalt gegenüber einem Vollstreckungsbeamten entschuldige. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Zimmer (S.): Wir müssen anerkennen, daß das Gericht im großen Roabiter Kriminalprozess die größte Objektivität bewiesen hat. Deshalb hätten bei einer Festrede neuesten Datums einige Worte wohl besser etwas vorzüglicher gewährt werden können. (Sehr richtig! links.) — Gegenüber einem früheren Angriff des Abg. Ströbel auf meinen Parteifreund Graf Braßkama betone ich, daß wir eine Verletzung der Rechte des Angeklagten bei der Beweisaufnahme durchaus nicht wünschen, aber wir halten es für angebracht, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie man gegenüber völlig unnützen Anträgen der Verteidigung die Nachbefugnisse des Gerichts steigern kann. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Unbequeme Anträge!) Ob im Roabiter Prozeß diese Neigung zur Geltung gekommen ist, lasse ich dahingestellt. Was uns vor allem tut, ist eine schnelle Justiz. Die vorgelegene Aufbesserung der Kanzleigehilfen begrüßen wir. (Bravo! im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

Sitzung am Mittwoch, den 1. Februar.

Kost die ganze Sitzung wurde von der Debatte über Zahnärzte und Dentisten

in Anspruch genommen. In der Vorlage ist zunächst bestimmt, daß die ärztliche Behandlung im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch approbierte Ärzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte geleistet wird. Dazu war dann noch der Zusatz gemacht, daß dort, wo im Bezirk eines Versicherungsträgers nicht genug Zahnärzte vorhanden sind, die zu angemessenen Bedingungen die Behandlung übernehmen, bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß der Grund- und Reservekrankheiten die Hilfeleistung allgemein auch durch geeignete Zahntechniker usw. gewährt werden kann.

Die Kommission beschloß in der ersten Sitzung folgende Wendungen dieser Bestimmungen: Zunächst strich sie die Beschränkung, daß die Zahntechniker nur dort in Anspruch genommen werden dürfen, wo nicht genügend Zahnärzte vorhanden sind. Ferner gab sie der obersten Verwaltungsbehörde die Befugnis, durch eine Verordnung zu bestimmen, wer als Zahntechniker im Sinne der Reichsgewerbeordnung zugelassen wird.

Auch hier versuchten ein Teil des Zentrums und die Nationalliberalen, in der zweiten Sitzung die Mehrheit der Kommission zum Unfall zu bringen. Sie beantragten, die Zulassung der Zahntechniker wieder so zu beschränken, wie es in dem Regierungsentwurf ursprünglich vorgeschlagen war.

Dagegen erhoben namentlich unsere Genossen Hoch, Rollenbühr und Schmidt Einspruch. Sie wiesen darauf hin, daß der jetzige Zustand, d. h. die unbeschränkte Zulassung der Zahntechniker, zu gar keinen Schwierigkeiten geführt habe. Auf der andern Seite führe die vorgeschlagene Beschränkung zu einem ganz unberechtigten Monopol der Zahnärzte und damit zu einer sehr großen Verteuerung. Sie schlugen vor, den Beschluß der Kommission so zu ändern, daß die Rechtslage genau so bleibt, wie sie jetzt ist.

Dem schloß sich die Mehrheit an, indem sie den Beschluß der Kommission annahm und dem Antrage der Sozialdemokraten gemäß hinzufügte, daß überall außer den Zahnärzten auch die Zahntechniker zur Behandlung der Rassenmitglieder zugelassen werden sollen. Außerdem wurde auf Antrag des Abg. Wehrenso beschlossen, daß — ebenfalls entsprechend der jetzigen Praxis — dem Rassenpatienten, wenn er es verlangt, die Hilfe eines Zahnarztes gewährt werden muß. Endlich wurde auf Antrag der Sozialdemokraten die Befugnis der obersten Verwaltungsbehörde dahin präzisiert: zu bestimmen, welche Anforderungen für die Zulassung als Zahntechniker zu stellen sind.

Bei den

Feisten

beantragte Graf v. Westarp, daß die Feisten im allgemeinen von einem Monat auf vierzehn Tage herabgesetzt werden. Das wäre von großer Bedeutung namentlich für die Unfallversicherungssachen gewesen.

Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß es den berufstätigen Arbeitern nicht immer möglich ist, ein ärztliches Gutachten in vierzehn Tagen zu erlangen. Daher würde die beantragte Änderung die Arbeiter schwer geschädigt haben. Der Antrag der Konservativen wurde dann auch schließlich abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

In der Mittwochssitzung der Budgetkommission kam es zu einer Auseinandersetzung über Prinzenreisen. Exberger regte an, der Kronprinz, der seine Ostasienreise aus Furcht vor der Zeit abbricht, möge nach den deutschen Kolonien gehen. Die Anregung wurde von Nationalliberalen und Konservativen freudig aufgegriffen und auch Tirpitz begrüßte sie. Er stellte sogar den Kronprinzenbesuch in den Kolonien für das nächste Jahr in Aussicht. Im Rahmen der sozialdemokratischen Mitglieder protestierte Ledebour entschieden gegen solche Anregungen; wenn das Parlament zu Prinzenreisen animierte, werde es auch zur Kostendeckung beitragen müssen.

Die Nationalliberalen und Konservativen schienen recht unangenehm davon berührt zu sein, daß das Zentrum ihnen im Wettrennen um die Gunst der Krone den Rang abgelassen hat. Sie drängten den Staatssekretär nun förmlich, beim Kaiser die Kronprinzenreise durchzusetzen, die von „großem Segen für die Kolonien“ sein werde. Dem sozialdemokratischen Protest gegen solche byzantinischen Anmischerjuche schlossen sich von den vier Freisinnigen drei an. Dagegen hielt der Flottenprofessor Siedhoff eine Kronprinzenreise für wertvoll, debatierte aber die Anregung des Zentrums, weil er befürchtete, die Ostasienreise des Kronprinzen könnte der parlamentarischen Kritik entzogen werden.

Es folgte der Etat des Reichsjustizministers, wobei der Staatssekretär Mitteilungen über den jetzigen Geschäftsgang beim Reichsgericht machte. Seit Hilfsrichter eingestellt worden seien,

Krautchen die Termine nicht mehr 8-10, sondern nur noch drei Monate hinausgeschoben zu werden. Die Zahl der Revisionen sei zurückzuführen, das sei auf die Erhöhung der Revisionssumme zurückzuführen, eine gesetzgeberische Maßnahme, die die Sozialdemokratie bekämpft hat. — Für eine neue Kommission zur Vorbereitung des Entwurfs zu einem neuen Strafgesetz werden 120 000 Mark verlangt. Bei der Debatte über die Zusammensetzung der Kommission wurde von sozialdemokratischer Seite gefordert, daß auch Sachverständige der Presse gehört werden sollen, deren Auswahl den beruflichen Organisationen der Presse überlassen bleiben soll.

Aus der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses.

In der Mittwochssitzung der Kommission wurde unter anderem über die Polizeiverwaltung Berlins verhandelt. Vom konservativen Berichterstatter wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl der Schulleute zu gering sei; er verlangte einen Reservefonds zur Beseitigung des Schulumangels. Die Lage werde immer ernster, und es sei zu befürchten, daß an Stelle der fehlenden Schulleute Militär herangezogen werden müsse. Die Dienstprämien in Höhe von 100 000 M. seien viel zu gering; der Fonds müsse wesentlich erhöht werden. Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte, im nächsten Jahre solle dieser Fonds auf 900 000 M. erhöht werden. Ein anderer konservativer wandte sich lebhaft gegen die Ausführungen des Landgerichtsdirektors Unger im Roabiter Prozesse; die Stellung der Schulleute werde durch solche Ausführungen bedeutend erschwert. Von freisinniger Seite wurde die Haltung Ungers verteidigt. Die gerichtlichen Feststellungen hätten ergeben, daß v. Jagow in seinen Veröffentlichungen Tatsachen behauptet habe, die mit den vor Gericht erwiesenen nicht in Einklang zu bringen seien. Der freisinnige Vertreter wandte sich auch gegen das Prämiensystem; richtiger sei eine Gehaltssteigerung. — Im weiteren wurden die Kostenbeiträge der Stadt Berlin erwähnt; diese Beiträge würden zum größten Teil für die Landespolizei verwendet, sie müßten also herabgesetzt werden.

erner behandelte die Kommission den Stand der Margarineuntersuchungen. Von der Regierung wurde mitgeteilt, zur Margarineproduktion sei ein zur Seifenproduktion zu verwendendes Fett gebraucht worden; wegen der Angelegenheit schwebt in Atona ein gerichtliches Verfahren wegen Nahrungsmittelfälschung.

Zu einer längeren Debatte kam es über die Frage der Fürsorgeerziehung, für die 670 000 M. gefordert werden. Es wurde gewünscht, die Regierung möge eine Novelle zur Fürsorgeerziehung vorlegen. Der Minister versprach eine solche für die nächste Zeit. Von konservativer Seite wurden neue Anstalten für ältere Böglinge gefordert. In diesen Anstalten werde ohne förderliche Zuchtigung nicht auszukommen sein; dem Humanitätsgefühl müsse energisch entgegengetreten werden. Der Minister behauptete, die russischen Vorgänge könnten nicht als Symptom gewertet werden; die Resultate der Fürsorgeerziehung seien recht günstige: 70 Prozent der entlassenen männlichen Fürsorgezöglinge wiesen eine gute bis genügende Führung auf; bei den Mädchen, die im Alter von 18 bis 18 Jahren meist als Prostituierte aufgenommen worden seien, zeigten 62 Proz. eine gute bis genügende Führung. Von freisinniger Seite wurde darauf hingewiesen, eine zu schonende Beurteilung von Mißhandlungen in Fürsorgeanstalten werde das Wärterpersonal nur zu neuen Ausschreitungen anreizen. — Einige kleinere polnische Beschwerden blieben vom Minister ohne Verantwortung.

Soziales.

Der Fleischverkäufer kein Handlungsgehilfe.

Der Fleischverkäufer H. war mit seiner Klage gegen den Fleischermeister Hermann Gerber beim Kaufmannsgericht wegen sachlicher Unzuständigkeit abgewiesen worden, weil seine Tätigkeit nicht die eines Handlungsgehilfen, sondern die eines Gewerbetreibenden gewesen sein soll, obwohl er ausschließlich im Verkaufsraum mit dem Zerlegen des Bares und dem Bedienen der Kunden tätig gewesen ist.

Das Kaufmannsgericht hatte die Klage, weil der Beklagte Innungsmitglied, dem Innungsschiedsgericht überwiesen, wo die Sache am Dienstagabend zur Verhandlung kam. Der Kläger, der drei Wochen lang beim Beklagten gegen 18 M. Lohn pro Woche und freie Station tätig war, ist am 17. Oktober freiwillig entlassen worden, weil er die Zeit des Morgens verschlafen hatte. Er hält die Entlassung für unbegründet und verlangt bis Ultimo Dezember 50 M. Schadenersatz. Das Schiedsgericht kam zur Klageabweisung. Auf dem Vermittlungsschein, den der Kläger vom Arbeitsnachweis bekommen und dem Beklagten abgegeben hatte, war unter anderem vermerkt, daß das Arbeitsverhältnis unter Ausschluss der Kündigungsfrist wieder gelöst werden könne. Das Schiedsgericht sah unter den vorliegenden Umständen in diesem Vermerk eine rechtsverbindliche Vereinbarung.

Der Hallenser Arztvertrag.

Zu der „Arbeiterversorgung“ bespricht der Amtsgerichtsrat Hahn das von uns niedriger gehängte gegen das Gesetz verstößende Vorgehen des Hallenser Magistrats als Aufsichtsbehörde. In dem Ausschuss führt Amtsgerichtsrat Hahn u. a. aus: „Der Magistrat habe die Grenzen seiner Dispositionsbefugnisse verkannt. Die Aufsichtsbehörde könne nicht den Krankenkassen vorschreiben, daß bei Einführung der freien ärztlichen Behandlung der Familienangehörigen nur die organisierten Ärzte zugelassen werden dürfen. Diese Bestimmung greife in unzulässiger Weise in die Rechte der

Generalversammlungen der Kassen ein und sei daher unzulässig. Derselbe Fehler finde sich in der Bestimmung, wonach die Kassen verpflichtet sein sollen, alle diejenigen Bestimmungen in das Statut aufzunehmen, welche die Ärzteorganisation in Bezug auf die Tätigkeit der Ärzte vorschreibt.

Die Bestimmung über die Geldstrafe für die Kassenvorstände und die Kassenbeamten von mindestens 20 M., wenn diese ein Mitglied in der Wahl des Arztes beeinflussen, sei rechtsunwirksam, weil durch den Vertrag nur die Kassen verpflichtet würden. Mit dem gleichen Rechte könnten die Dienstboten der Ärzte zu Vertragsstrafen verpflichtet werden, falls sie eine ihnen übermittelte Verurteilung des Arztes zu einem Kranken nicht weitergeben. Im Rahmen eines zwischen der Kasse und den Ärzten geschlossenen Vertrages sei es unmöglich, wie dies geschehe, die Kosten der Untersuchung auf den „Antragsteller“ abzuwälzen. Die Ermunterung Dritter zum Vertragsbruch in der Bestimmung, daß gegen die schon vertragsbrüchigen und noch vertragsbrüchig werdenden Kassenärzte die vertraglich festgesetzte Konventionalstrafe nicht eingeklagt werden könne, verstoße gegen die guten Sitten, außerdem auch noch gegen das Krankenversicherungsgesetz, da die Forderungsberechtigten gegen vertragsbrüchige Ärzte zum Kassenvermögen gehörten und nicht grundlos preisgegeben werden dürften.

Die gesetzliche Befugnis der Aufsichtsbehörde wäre, den Kassen die erforderlichen ärztlichen Dienste zu sichern. Der Magistrat habe jedoch den Kassen die Ärzteorganisation gegenübergestellt, die als solche die ärztliche Behandlung selbstverständlich nicht leisten könne, verstoße gegen die guten Sitten, außerdem auch noch gegen eine Organisation, die diese den Kassen die erforderliche Zahl Ärzte gewährleisten. Es fehle an der ersten wesentlichen Voraussetzung eines gültigen Dienstvertrages, an der Verpflichtung der Ärzteorganisation zu irgendeiner bestimmten Leistung. Nichts in dem ganzen Vertrage weise auch nur andeutungsweise darauf hin, daß irgendein Arzt der Ärzteorganisation oder den Kassen gegenüber verpflichtet sei, sich den Kassen zur Verfügung zu stellen. Die Ärzte, die sich zur Kassenpraxis verpflichteten, werde das Recht vierteiljährlicher Kündigung gewährt, während die Kassen auf zehn Jahre gebunden seien. Wenn der Leipziger Verband das Kommando „kündigen“ ertönen lasse, so ständen die Kassen in Bezug auf ärztliche Versorgung gegenüber dem Nichts. Diese unerhörte Rechtsunsicherheit, in die die Aufsichtsbehörde die Kassen gebracht habe, würde noch verschärft dadurch, daß den Kassen überhaupt verboten wird, andere Ärzte anzustellen.

Vorabers sorgfältig sei darauf Bedacht genommen, die Gegenleistung für diesen absoluten Mangel an Pflichten festzustellen. Selbst wenn die Kassenmitglieder sich ausschließlich an die festangestellten Kassenärzte wendeten, müßten die Kassen den von der Ärzteorganisation bestimmten Ärzten einen hohen Geldbetrag überweisen; ein Betrag, der sich jährlich um je 4000 M. steigern für jeden festangestellten Kassenarzt, der zum Vertragsbruch verleitet worden ist. An diese traffe Rechtslage, richtig Unrechtslage, habe der Magistrat die Kassen für zehn Jahre gebunden, angeführt der in Aussicht stehenden Neuordnung durch die Reichsversicherungsordnung. Hätte eine Kasse einen solchen Arztvertrag abgeschlossen, so würde sie sich dem begründeten Verdacht ausgesetzt haben, daß sie von der Aufsicht ausgerei, den organisierten Ärzten aus Gründen, die mit dem Interesse der Kasse nichts zu tun haben, verteidigt, auch gegenüber künftigen Maßnahmen der Gesetzgebung, zu sichern. Der Magistrat der Stadt Halle müsse sich fragen lassen, daß der den Krankenkassen angezeigte Vertrag unter Verletzung der pflichtmäßigen Sorgfalt geschlossen und im Effekt sittenwidrig, daß er seinem ganzen Inhalte nach nichtig ist, weil er irgendeine greifbare, rechtlich erzwingbare Leistungspflicht der vertragsschließenden Ärzteorganisation nicht begründet und das Vermögen der dem öffentlichen Wohle dienenden Krankenkassen grundlos mit weitgehenden Verpflichtungen belastet.

Die Auffassung der „Arbeiterversorgung“ stimmt mit unserer überein. Die gesamte Presse, ohne Unterschied der politischen Richtung, hat einen ähnlichen Standpunkt eingenommen. Warum unternimmt das preussische Handelsministerium nichts gegen den gefehrvolligen die Kasse schädigenden Terrorismus des Hallenser Magistrats? Würde es ebenso handeln, wenn etwa Sozialdemokraten in solcher Weise Gesetz und Pflicht verletzten?

Ein Herr Sanitätsrat.

Ein Knappschafftsarzt in Gelsenkirchen wurde Sanitätsrat. Dieser Titel fällt so ziemlich jedem Arzt, der sich das nicht verbittet, nach 20 bis 25jähriger Praxis zu. Eine Anerkennung seiner Fähigkeiten liegt in ihm so wenig wie in der Beistrafung eines Rechtsanwalts oder Richters durch den Titel Justizrat oder Gerichtsrat. Einen besonderen Wert legt auch der aus dem Kreise der Un-Kais in den Kreis der Getreuen in der Regel auf solche Titulatur nicht. Anders der Gelsenkirchener Knappschafftsarzt, von dem uns folgendes berichtet wird. Er legt besonderen Wert darauf, als Rat angesprochen zu werden. Er scheint ein kranker Bergmann in der Sprechstunde und beginnt seine Klage mit den Worten: „Herr Doktor!“, dann antwortet der Angesprochene: „Gehen Sie mal hinaus und lesen das Schilb, das da draußen neben dem Eingange hängt“. Verdrubt und betreten kommt der Kranke zurück. „Na, was steht denn da auf dem Schilb?“ Antwort: „Sanitätsrat“. „Na also, immer mit dem Titel ansprechen, welcher mir zukommt.“ Kürzlich unterfing sich wieder ein Kranker die Anrede: „Herr Doktor“ zu gebrauchen. Das war dem Herrn Sanitätsrat doch zu viel. „Wissen Sie denn nicht, daß ich jetzt Sanitätsrat geworden bin? Man spricht doch immer den richtigen Titel aus. Sie waren doch auch Soldat?“ Antwort: „Ja“. „Na, dann wissen Sie auch, daß ein höherer Offizier niemals mit Leutnant anredet wird.“ Der Kranke wollte einzuwerfen: „Wir sind doch hier nicht beim Militär. Ich denke, ich wäre beim Herrn Doktor?“ „Ganz recht, aber auch in Zivil muß man immer den richtigen Titel gebrauchen“ antwortete der Herr Sanitätsrat.

Wie sagt doch Glasbrenner?

Hofrat, Stadtrat, Registrar,
Landrat, Kriegsrat, Kalkulator,
Supernumerarius,
Marshall, Sekretarius =
Weiß die alte Feiler.
Tüfel sind nicht teuer!

Gerichts-Zeitung.

Ein besaunterter Amrichter.

Schon wiederholt, zuletzt Anfang Dezember 1910, haben wir über die Streikurteile des in solchen Dingen als „Hart“ bekannten Hamburger Schöffengericht v. Böhl berichtet. Auf Grund von zwei Zeugenaussagen wurde ein Werftarbeiter D. aus § 153 B.O. zu dem Strafmaximum von drei Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen, wofür ihm die beiden Entlastungszeugen wegen Meineidsverdacht folgten. Die weiteren Entlastungszeugen zu vernehmen hielt dieser Richter für überflüssig. Bereits am anderen Tage wurden auf erhobene Beschwerde alle drei auf freien Fuß gesetzt. Das Urteil und die Nebenurteile haben nicht allein in unserer Parteipresse Aufsehen erregt.

In seiner schriftlichen Urteilsbegründung sagt Herr von Böhl u. a.:

Das Gericht hat aus der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß das, was die Zeugen Soltow und Wille (Arbeitswillige) bekundet haben, in vollem Umfange wahr sei, daß sie sich in der ihnen bekannten Person des Angeklagten, der vor der Menge stand, nicht geirrt haben und daß die Zeugen Graef und Brandt (Streikende) einen Meineid geleistet haben.

Das Gericht hat in Gemäßheit des § 244 der Strafprozeßordnung von weiteren Beweisaufnahmen Abstand genommen, auch um die anderen Zeugen, die bereit standen, daselbe zu beschwören (!), wie G. und W., vor dem Meineid zu bewahren.

Den beiden nach v. Böhl „Meineidigen“ ist von der Staatsanwaltschaft jezt dieses Schreiben zugegangen:

„Sie werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß das gegen Sie wegen Meineids eingeleitete Verfahren eingestellt worden ist.“ Herr v. Böhl mag ein sehr tüchtiger Pferdekennner und Kennstallbesitzer sein, Menschenkenner ist er nicht.

Der französische Staat vor dem Reichsgericht.

Mit dem Hinweis auf das Warenzeichenrecht hat der französische Staat als Inhaber des Tabakmonopols gegen die Firma Schulz in Straßburg Klage auf Unterlassung der Verwendung seiner Ausstattung und Schadensersatz erhoben, indem er geltend macht, daß die Beklagte beim Vertriebe ihrer Tabakfabrikate in sein Ausstattungsrecht eingreife. Tatsache ist, daß die Ausstattung, die die Beklagte bei ihren Fabrikaten verwendet, verschiedene Ähnlichkeiten mit der Ausstattung der Fabrikate der französischen Regie aufweist. Die Beklagte beruft sich darauf, daß dem französischen Staat seit 1871 kein Monopolrecht mehr in Elsch-Lothringen zustehe und daß die Kaiserliche Tabak-Manufaktur in Straßburg ähnliche Verpackungen benutze, während der Kläger behauptet, daß die Tabak-Manufaktur in Straßburg Nachfolgerin der französischen Tabakregie sei.

Das Landgericht Straßburg hat der Klage stattgegeben und das Oberlandesgericht Colmar hat die Berufung der Beklagten mit einer geringen Abänderung über das Verbot des Gebrauchs der Farbe zurückgewiesen. Aus dem landgerichtlichen Urteil war nicht klar zu erkennen, ob auch die Verwendung der einzelnen Farbe verboten sein soll. Das ist vom Oberlandesgericht verneint worden. Was das Verbot auf Grund der §§ 12, 15, 20 des Warenzeichenrechts und des § 1 des Wettbewerbsgesetzes betrifft, so legt das Oberlandesgericht unter anderem folgendes dar: Soweit es verboten ist, die Ausstattung zu verwenden, fragt es sich zunächst, ob die Ausstattung, die die Beklagte verwendet, der französischen so ähnlich ist, daß die Gefahr der Verwechslung im Verkehr besteht. Das kommt darauf an, ob die Unterschiede der sich gegenüberstehenden Packungen so unwesentlich sind, daß ein Käufer, der sie auf Grund der Erinnerung prüfen muß, getäuscht werden kann. Bei beiden Parteien sind die Packungen in gleichen Farben gehalten. Ist das Aussehen schon dadurch ein äußerst ähnliches, so wird es noch dadurch vergrößert, daß auch das Band bei der Beklagten einen französischen Ausdruck trägt. Dieser Ausdruck ist zwar im einzelnen verschieden, doch sind die Unterschiede nicht derart, daß die Gefahr der Verwechslung vorgebeugt wird. Das Oberlandesgericht geht noch näher auf einzelne Ausstattungen ein, unter anderem auf die mit dem Storchzeichen und kommt bei allen zu dem Schluß, daß die Gefahr der Verwechslung besteht und daß die Käufer zu der Annahme geführt werden, es handele sich um Fabrikate der französischen Regie. Auf Seiten der Zwischenhändler bestesse zwar die Gefahr der Verwechslung nicht, aber beim großen Publikum, und das sei maßgebend. Zum Schluß seiner Begründung geht das Oberlandesgericht noch auf die Worte des Gesetzes ein: wer die Ausstattung „eines anderen“ gebraucht. Damit sei nicht gerade ausgebrüllt worden, daß das Ausstattungsrecht nur im Besitze einer Person liegen müsse; es sei vielmehr auch möglich, daß mehrere zu gleicher Zeit Besitzer desselben Rechtes sind, wenn nur die Uebermacht besteht, um ein bestimmtes Recht herbeizuleiten. Das sei im vorliegenden Falle ganz und auch dann möglich, wenn der französische Staat der Kaiserlichen Tabak-Manufaktur das Nachfolgerecht einräume.

Der II. Zivilsenat des Reichsgerichts hat am Dienstag auf Zurückweisung der Revision der Beklagten erkannt und damit das Urteil des Oberlandesgerichts Colmar bestätigt.

Eine Klassiker-Bibliothek für die Leser des „Vorwärts“!

Meisterwerke deutscher Klassiker für Schule und Heim.

- | | |
|--|---|
| Chamisso, 1 Bd., eingel. v. Stadtschulinspektor Dr. A. Romann, Berlin, 429 S. M. 1,15 | Kleist, 1 Bd., eingel. von Prof. Dr. W. Deetjen, Hannover, 400 Seiten M. 1,15 |
| Goethe, 3 Bd., eingel. von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Ludw. Geiger, Berlin, 1380 Seiten M. 3,25 | Körner, 1 Bd., eingel. von Rektor P. Hoche, Wriexen, 329 Seiten M. 1,15 |
| Grillparzer, 1 Bd., eingel. v. Rektor H. Schöps, Stolp, 315 Seiten M. 1,15 | Lenau, 1 Bd., eingel. von Dr. Otto Franz Genschel, Berlin, 461 Seiten M. 1,15 |
| Hauff, 1 Bd., eingel. von Dr. Max Mendheim, Leipzig, 783 Seiten M. 1,50 | Lessing, 1 Bd., eingel. von Dr. Ludw. Holthoff, Stuttgart, 421 Seiten M. 1,15 |
| Hebbel, 1 Bd., eingel. v. Prof. Dr. Rob. Petsch, Heidelberg, 432 Seiten M. 1,15 | Schiller, 2 Bd., eingel. v. Direkt. Dr. H. Jantzen, Königsberg, 1251 Seiten M. 2,50 |
| Heine, 1 Bd., eingel. von Hermann Kienzl, Berlin 536 Seiten M. 1,25 | Uhland, 1 Bd., eingel. von Prof. Dr. L. Fränkel, München, 492 Seiten M. 1,15 |

Alle 15 Bände zusammen 15 Mark franko!

Vollständig neue Ausgaben in hervorragender Ausstattung herausgegeben, um jedem Deutschen die Anschaffung unserer klassischen Dichtungen zu ermöglichen.

Die deutsche Jugend findet in unseren Klassikern die geistige Führung, das deutsche Volk geistfördernde Lektüre. Schonkt euren Kindern unsere Klassikerbände, kauft für eure Hausbibliothek die ganze Sammlung „Meisterwerke deutscher Klassiker“. Diese herrlichen, 15 Bände umfassende, Sammlung bietet das Schönste und Wandervollste, was deutscher Geist je erschichtet und erschonen hat. Eine Reihe hervorragender Gelehrten und Schulmänner hat uns bei dieser, bezüglich der Ausstattung und Billigkeit, wohl einzig dastehenden Kollektion unterstützt, die mit ihrem Gesamtpreis von M. 15,— für die ganze Sammlung für jeden auch den bescheidensten Geldbeutel erschwingbar ist. Besitzen eure Kinder erst diesen prächtigen Schatz, dann werden sie auch aus ihm schöpfen. Ihn lesen und studieren und dadurch emporgetragen werden zum Edlen, Guten, Wahren. Wer tagsüber angestrengt arbeitet, findet am Abend keine edlere Erholung, als eine gediegene, geistfördernde Lektüre. In jedem deutschen Hause, in jeder Familie müssen die Meisterwerke unserer klassischen Dichter als ein kostbarer, für jeden zugänglicher Hausschatz vorhanden sein.

Gutes weißes Papier! Schöner deutlicher Druck! Elegante reinleinenne Einbände!

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil vergütet: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Ausschneiden und einsenden!

Legitimationschein für die Leser des „Vorwärts“.

An den Humboldt Verlag G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstr. 66.

Der Unterszeichnete bestellt hiemit unter Nachnahme:

Gesamt-Sammlung

15 Bände franko M. 15,—

Einzelne Bände und zwar:

- | | | |
|----------------|-------|------|
| Expl. Chamisso | 1 Bd. | 1,15 |
| Goethe | 3 Bd. | 3,25 |
| Grillparzer | 1 Bd. | 1,15 |
| Hauff | 1 Bd. | 1,50 |
| Hebbel | 1 Bd. | 1,15 |
| Heine | 1 Bd. | 1,25 |
| Kleist | 1 Bd. | 1,15 |
| Körner | 1 Bd. | 1,15 |
| Lenau | 1 Bd. | 1,15 |
| Lessing | 1 Bd. | 1,15 |
| Schiller | 2 Bd. | 2,50 |
| Uhland | 1 Bd. | 1,15 |

(Ueber 5 M. franko.)

Name

Stand

Wohnung

Stiller



Gegr.

1867

Grosser Inventur-Verkauf

☞ nur noch bis Sonnabend, dem 4. Februar ☜

Verkauf nur Jerusalemmer Strasse 38-39, am Dönhoffplatz.

Eine Kette von Erfolgen bilden die grossen Tage unseres Inventur-Verkaufs!

Der besonders in diesem Jahre auffallend vergrösserte Zuspruch beweist die richtige Erkenntnis des kaufenden Publikums für die einzig dastehende Billigkeit und die Güte des Warenangebots.

Wir offerieren, soweit der Vorrat reicht:

Grosse Posten moderner				Grosse Posten eleganter			
Damen- und Herren-Stiefel				Damen-Tanz- u. Abendschuhe			
<small>in Boxcalf, Chevreau schwarz und braun, Chevreau und mit Lackbesatz, auch mit Stoffeinsatz, Stiefel mit Woll- und Plüschfutter sowie Katzen- und Lammfell-Futter</small>				<small>in Chevreau, Lack, Bronze, weiss Glacé etc. Feinste Wiener und Pariser Modelle</small>			
Serie I	8 ⁷⁵	Serie II	9 ⁷⁵	Serie III	11 ⁷⁵	Serie IV	14 ⁷⁵
	früher 10 ⁰⁰		früher 12 ⁰⁰		früher 15 ⁰⁰		früher 18 ⁰⁰
<small>Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar</small>				<small>Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar</small>			

Grosse Posten
Damen- u. Herrenstiefel
in Boxcalf und Chevreau, schwarz u. braun
Nur kleine und grosse Nummern!
extra billig, durchweg **6.75**

Grosse Posten
Damen-Halbschuhe
in Boxcalf und Chevreau, zum Schnüren, auch mit Spangen
extra billig, durchweg **5.75**

Grosse Posten
Damen-Tanz-Schuhe
in den feinsten Ausführungen, unsortiert
extra billig, durchweg **4.75 6.75**

Für sparsame Mütter:
Stiller's rationelle Kinder-Stiefel
in den bekannt guten Qualitäten
Besonders preiswerte Offerte

Serie I			
Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel			
<small>verschiedene Oberlederarten, auch in braun</small>			
<small>25-27</small>	<small>28-30</small>	<small>31-35</small>	<small>36-39</small>
3.80	4.80	5.80	6.80
Serie II			
Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel			
<small>Boxcalf, auch in braun Chevreau</small>			
<small>25-27</small>	<small>28-30</small>	<small>31-35</small>	<small>36-39</small>
4.80	5.80	6.80	7.80
Serie III			
Kinder-Schnür- und Knopf-Stiefel			
<small>in verschiedenen Oberlederarten</small>			
<small>18-22</small>	<small>23-24</small>	<small>25-26</small>	
2.25	3.25	4.25	

Grosse Restbestände in
Hausschuhen jeder Art
sowie Kamelhaarstoff-Schuhe
Serie I 1.10 Serie II 2.75 Serie III 3.75
besonders preiswert

Ein Posten Amerik.
Damen-Gummischeuhe
Serie I 1.50 Serie II 2.10
früher 3.00 früher 4.25

Grosse Posten
Sportschuhe u. Sandalen
für Damen und Herren
besondere Gelegenheit, durchweg **3.75**

Auf alle regulären „gefütterten“ Schuhwaren 25% Rabatt

☞ Während des Inventur-Verkaufes gewähren wir auch in unseren übrigen ☜
☞ Geschäften auf alle warmgefütterten Schuhwaren einen Rabatt von 25% ☜

Keine Auswahlendungen! Um Besichtigung der Waren, ohne Kaufzwang, Nur Barverkauf! ::
:: Keine Zurücknahme! :: wird gebeten! :: Kein Versand nach auswärts! :: Kein Umtausch!

◆ Des grossen Andranges wegen empfiehlt es sich, den Einkauf auch vormittags zu besorgen ◆

Die enorme Zunahme in der Verteilung des Grundbesitzes ist auf die Zerstörung des Reichs... Die Verteilung des Grundbesitzes ist auf die Zerstörung des Reichs...

Aus der Frauenbewegung.

Die gerechten Männer.

Fraulein Gina Krog, eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der bürgerlichen Frauenbewegung Norwegens, ist vor einiger Zeit von einer Vortragstournee aus Deutschland nach ihrem Heimatlande zurückgekehrt...

Veranstaltungen - Veranstaltungen. Zentralverband der Hausangehörigen. Donnerstag, den 2. Februar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Versammlung in den Industrie...

Veranstaltungen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Filiale Groß-Berlin des Gemeindearbeiterverbandes hielt am Montag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab...

10 Jahren eingetretene Steigerung der ausgeführten Arbeit... Die Angelegenheit wird nicht gelöst. Inzwischen sind die Arbeiter an einige Deputationen herantreten und haben hier...

Briefkasten der Redaktion.

E. S. 24. Die wichtigsten Annahmeverordnungen bei der Berliner Feuerwehr sind: Mindestmaß 1,65 Meter, Alter nicht über 30 Jahre, Profession...

Berlin, den 1. Februar 1911. Am gestrigen Tage verschied nach langen Leiden unser lieber Freund und Kollege, der Reichstagsabgeordnete Herr Paul Singer.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Rosa Hampel...

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk VIII. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Friedrich Kiefer...

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg. Am Dienstag, den 31. Januar, verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Restaurateur Hermann Theuerkauf...

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Ausfuhr August Förster...

Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 31. Januar, entfiel nach längerem Leiden unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der frühere Kohlenhändler Ernst Wittig...

Dankagung. Für die herzliche Teilnahme und Kränkchen bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Schwiegers und Großvaters Hermann Brieger...

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntage 10-12, 2-4.

Kranzspenden. sowie alle Blumenarrangements liefert den Genossen schnell, geschmackvoll, billig Paul Gross, Lindenstr. 69. Fernspr.: 4, 7303. „Vorwärts“-Haus.

Musier-Coupons-Res. e. wunderbare Frühjahrs-Nachhilfe für Anzüge, Ullster, Kostüme etc. Metzgermeister für Walter-Polster, Metz 1.30.2. Tuchmacher Gertrudstr. 20-21, Koch & Seeland, Gr. Schlüterstr. 6. H. v. d. W. v. d. W. v. d. W.

Gardinen-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin, Oranienstr. 158 Riesen-Auswahl Gardinen, Portieren, Stores, Vitrinen, Täfeldecken etc. Einzelne Fenster spottbillig. Inventur-Extraliste und Katalog enorm billiger Extrangebote (600 Abbild.) gratis und franco.

32 eigene Fischdampfer. Unsere Dampferflotte brachte große Fänge Seefische in hervorragend schöner Qualität an. Täglich treffen hiervon große Sendungen bei uns ein und kommen zu billigen Preisen zum Verkauf...

Masken-Capverone Kari Ernst (Inhaber Willi Ernst) jetzt Köpenicker Str. 55b, I. Amt IV, 14099. Gr. Auswahl! Bill. Preise! Soraizer dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

Ohne Konkurrenz. Wer-Stoff-hat! fertige Herrenanzug oder Paletot von 20 R. an, fertige 3-stufige, auf Hochhaar, zwei Anproben, für guten Sitz beim gold. Webstoffe. Bitte zum Anprobieren um Ihren Besuch, da keine Verrechnung. Ein Besuch führt zu dauerndem Kundschaff. Ludwig Engel, Preislaube Str. 23, II, Alexanderplatz, Begr. 1892. In Anzeigen. Tuchreste Paletots und Hoson (pottbillig) Neuee Plüsch!



Theater und Vergnügungen



Donnerstag, 2. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Marie, die Tochter des Regiments.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Der Schatz. (Anfang 7 Uhr.)
Kammerstücke. Lancelot. (Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Die Schloßherren.
Deutsches. Die Ratten.
Königl. Opern-Theater. Hoffmanns Erzählungen.
Deutsches. Die verfluchte Braut.
Neues Opern-Theater. Die schöne Nilette.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen.

Berliner. Hummelstuden.
Deutsches. Das Puppenmädchen.
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.
Trianon. Hippolyte's Abenteuer.
Reichshallen. Pariser Revue.
Zirkus. Polnische Wirtschaft.
Zirkus. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.
Deutsches. Die sieben Leiber.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
Hörssaal 8 Uhr:
Professor Dr. F. Rathgen:
Das Wasser.

Kaiser-Panorama.
III. Wanderung im höchsten Schwarzwald. Letzte Woche:
Mittelschweizer. Insel Cortu.
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Glücksschmied.
Vollständiges in 5 Akten von Götter und Spannuth-Bodenstedt.
Freitag u. Sonntag nachm.: **Don Carlos.**
Sonabend nachm.: **Die sieben Leiber.**
Abends und Sonntag: **Der Glücksschmied.**

Metropol-Theater.
Surra!
Wir leben noch!
Große Ausschaltungsrevue in 7 Akten v. J. Freund. Musik v. J. Holländer. In Szene geleitet von Dir. A. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Das neue Weltstadt-Programm.
Sensationell:
8 heilige Chungusen
unt. Zeit. ihr. Oberpriest. Tschin Maa.
Der fotografische Erfolg weg. prof.
Otto Reutter

WINTERGARTEN
Neues Programm
Die berühmte chinesische Tragödie
Md. Chung
mit ihrem chines. Schauspiel-Ensemble
„Im Reiche des Drachens“
Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 3 Akten.
Morris Cronis Truppe, mod. Songl.
The Kollinos: „Ein Fest in Venedig“.
Emilia Rosa, equilibrist. Spiel.
La bella Leonora, Spaniens Stolz.
The 6 Geishas, japan. Gesangs- und Tanz-Truppe.
Mit Orford's Elefanten-Dressur.
Fred Marion, Puffi-Imitator.
Sirene Nord, Tanz- und Schwimmtänzerin.
Florence u. Lillian, Musikalisch.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Herrnfeld Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Passage-Theater.
Heute:
Sgr. Ordone
der spanische Caruso.
Schneider-Duncker
Les Vignacs
u. d. kolossale Fabr.-Prog.
14 neue Varieté-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
Die Sensation des Tages!
Das sprechende Pferd
„Hans'chen“
Lebend! Lebend!
Maod Temple, die Bartlady
ein abnormes Naturspiel,
u. die ander. Schau-Attraktionen.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf. Kind, Soldat 25 Pf.

Walhalla-Theater.
(Rosenb. Lox.) Weinbergstr. 20
Abend 8 1/2 Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Weltrevue.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Salmer-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Lustspiel in 5 Aufz. v. Moliere.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Summestück: **Der Kaiser.**
Sonabend, abends 8 Uhr:
Husarenlieber.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.
Lustspiel in 5 Aufz. v. Genet.
Deutsch v. M. Lange. Ende 10 1/2.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Heute:
Gastspiel von Johann Strauß aus Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
An allen Wochentagen von 4-7 Uhr: **Gr. Promenadenkonzert** bei freiem Eintritt.

Sport-Palast
Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
300 Eisläufer X Prachtvolle Ausstattung.
Unerreichbare Lichteffekte. X 2 Musikkapellen.
Raum für 10 000 Personen. X Unterricht im Eislauf.
Vormittags-Konzerte.
Sonntags 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

Neue Welt Hasenheide 102-114
Arnold Scholz
Donnerstag, d. 2. Februar:
Elite-Prämierung
der drei jüngsten Damen
im
!!! gefährlichen Alter!!!
(von 18-28 Jahren).
Prämiert wird: Die jüngste von 18, die jüngste von 24, die jüngste von 28 Jahren.
Drei bare Geldpreise: je 33 Mark.
Legitimation ist mitzubringen. — Meldung 9-10 Abendkasse.
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute sowie folgende Tage:
Gr. Bockjubiläum u. -Trabel auf d. Alm.
Der berühmteste Feiwirt
Schorsch Schrenguber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vollständiges haben volle Gültigkeit.
Morgen, Freitag: Eiltanz. Prämierung d. höchst. Damenstiefelabstz. 3 Med. 30, 20, 20 Pf. bar.

20 Säle und Vereinszimmer
mit moderner Bühnen, in allen Größen sowie
8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen
(auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.
Sophien-Säle Pracht-Säle Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 2783 Tel. VII 8035
Inhaber: **Paul Baatz.**

Zirkus A. Schumann.
Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
Donnerstag, den 2. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Reit! **HEROS** Reit!
mit seinem außergewöhnlichen
Arakonskarren.
Arcons 4 Personen,
Schleuderbrett-Alrobat.
Foot-Ball - Push-Ball
Polo-Ball
Reiferei-Globus,
neueste Kreation des Direktors
H. A. Schumann sowie die
übrigen neuen Attraktionen.
Der große Coup
9 1/2 Uhr. bei 9 1/2 Uhr:
Schmuggler.

Zirkus Busch.
Donnerst., 2. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Reit! **Hens. Amonis,**
Champion im Hochspringen
Käti Sandwina Lady Herkules. —
Herrn Direktor Pierre Althoff u.
Frau, Freiheitsdresuren.
Die Fredianis, berühmte
Reiterfamilie. — Troika, ger.
von Herrn Hubert Mirow. —
3 Gebr. Fratellinis, ar.
komische italienische Clowns.
Um 9 Uhr ca. zum 42. Male:
„Armin.“
Vorher das große Galaprogramm.

Burgtheater.
Festsäle und Kinematograph
norm. Grotesk. Anb. : Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 20 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2, Sonntag 4 U. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Programm.

Ernst und heiter
unterhaltend und lehrreich
sind die Vorstellungen
im
Theater des Weddings
Lichtspiel-Palast
Müllerstr. 182/183 — Sollerstr. 35.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Freie Volkstheater
Neues Schauspielhaus
Monna Vanna.
Genovefa.
Leffing-Theater
Extravorstellung.
Vor Sonnenaufgang.
Zirkus-Theater
Operette
Die schöne Helena.
Reifens-Theater
Die 300 Tage.
Herrfeld-Theater
An d. Reiches Pforten.

Sonntag, den 19. Februar:
WINTERFEST
in den Festsälen der NEUEN PHILHARMONIE,
Köpenicker Straße.
Kammermusikabend
unter Leitung des königl. Konzertmeisters Prof. Bernhard Dessau, der Konzert- und Opernsängerin Frau Sophie Heyman-Engel und des Konzertsängers Herrn Anton Siermanns.
Ball- und Gesellschaftsabend.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen.
240/6
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 2. Februar 1911:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Bendt.
Repertoirestück d. fgl. Schauspielh.
Kaffenerstraße 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss, neu!
Kuhliches Varieté-Theater.
Parodie von Wiesel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Köpenicker Lox.
8 1/2 Uhr:
Die von da drüben.
Große Gesangs- u. Musik- u. Schattens.
Grete Gallus
Paul Förster.
Casino-Theater
Lohrerstraße 37. Täglich 8 Uhr:
Das Original Berliner Volksstück
Julie Wipphchen.
Urbühnenhumor! UrbühnenLachen!
Am Ende der ehem. Ballerina-Bühne.
Vorher erfrischender bunter Tell.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Hochmutsteufel.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Tell.
Feldweibelhügel.
Anfang Theaterromantiker.
Anf. 7 1/2 u. 11 Uhr. Straße 77/79.
Das vielseitige amüsante
Februarprogramm.
Neue erkl. Spezialitäten.

Populäre Lieder
im Blüthnersaal
Sonnt. 5. Febr., nachm. 4 1/2 Uhr.
Gr. Wagner-Konzert.
Ida Hiedler,
Kgl. Pr. Kammerm., Marg.
König, E. Nollst., F. Siebert,
C. Lazarus.
Kart. 0.50 u. 1 M. b. Bote
u. Bock. Stahl, K. d. W. u.
an der Kasso. 17/14

Markgrafen-Säle
34. Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische
Unterhaltung. Vorzügliche Küche,
Biere u. Weine, Billard u. Regeltisch.
Für den Inhalt der Interzere
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130, Milastr. 3.
Jeden Dienstag und Sonntag:
Kavaller-Ball
bei großem Streichorchester.
Tanz und Entree:
Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Anfang: Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 6 Uhr.
Carl Elaner.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
C. NIBLE.
29406*

American-Theater
Dresdener Straße 97.
Täglich:
Heitere Künstler-Abende!
Theater-Variété-Cabaret
mit Anna und Franz Verdler.
Anfang 8 Uhr. — Sonntags 6 Uhr
Königstadt-Kasino.
Gölnitzstr. 72.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Sobanski.
Leop. Rossat, Elsa de Pianco, Ge-
schwister Barnhardy, Miss Eugenie,
The Blauke usw.
Der frische Jockey, Woffe i. 1 Akt.
Böhm. Anf. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.
Theater „Groß-Berlin“.
Donnerstag, den 2. Febr., in Vuff-
manns Theater: 8 1/2
Die Rose von Japan.
Gr. Operette von Rieds u. Schwarz-
Reiflingen.
Bühne der Plätze 50-100 Pf. Auf
Vorzugsarten billiger. Interzere gelten
als Vorzugsarten.
Nachh. Donnerstag: Die Schule
des Lebens.

Voigt-Theater
Gelandbrumen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 2. Februar 1911:
Galt. in Trapp's Festsälen, Tegel.
Reif-Reiflingen.
Schwanz in 5 Akten v. G. v. Hofcr.
Kaffenerstraße 7, Anfang 8 Uhr.

Trauer - Kleidung.

Schwarze Hosen	18,- 15,- 6 M.
Schwarze Paletots	50,- 40,- 18 M.
Schwarze Pelerinen	Melierte Loden 8 M.
Gehrock-Anzüge	70,- 60,- 33 M.
Zylinder - Hüte	16,50 12,- M.
Schwarze Hüte	stolt u. weich 2,50 M.

Schwarze Krawatten • Schwarze Handschuhe

Baer Sohn

Kleider-Werke

Chausseestraße 29/30 Δ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurterstr. 20 Δ Schöneberg, Hauptstr. 10.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Opium für! aufst. ein. Sines. Effektiv.



aus den Tabak-Fabriken

J. Goldfarb Press. Stargard
gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

Deutscher Holzarbeiter - Verband

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Zentrums - Vertrauensmänner - Versammlung

für Berlin und die Vororte Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg
in Freyers Festhale, Kopenstr. 29.

Tages-Ordnung:
1. Regelung der Unterhaltungsfrage für die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. 2. Diskussion. 79/10
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Die Ortsverwaltungen.

Zur 2. Klasse (Ziehung 10. und 11. Februar)

Preuss. Lotterie-

Original-Lose
1/2 1/4 1/8
A. M. 40.- 20.- 10.- (Porto 15 Pf.) 14/3
A. Moller, Kgl. Lotter-Einnehmer, Kottbuser Damm 70/71, nahe Hermannpl.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks im Umlauf.

Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak

(ges. geschützt 75 658).

Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Verkäufe.

Teppiche (Farbentfäher) Gelegenheitsverkauf. Fabriklager Rauerhoff, zur Große Frankfurterstraße 9, Kurzeingang, Begründet 1874, Vorwärtslesen 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigt. Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Kurzeingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Kurzeingang. 2491R

Tagelager oder Revolution von Kola Luxemburg. Zweite durchgeführte und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorwärtsleiter erhalten (An) Prozen Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich - Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rolenthorstraße 54. 2065R

Bilder kaufen Sie direkt. Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2.

Teppiche! (feinere) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Baum, Gadeicher Markt 4, Bahndorf Börie. (Leier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Hermannsplan 6, Gländelshaus. Staudenbillige Winterpaletots, Jagdtafeln, Gebirgsanzüge, Herrenhosen, Jagdhosen, Ausdauerhosen, Brautkleider, Personalbetten, Bettstühle, Sportbilliger Wäscheverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Kissen, Ausmaß, Schmutzdecken, Taschen, Wanduhren, Wanduhren, Grobberlin, billiger Warenverkauf! im Gländelshaus Hermannsplan 6. Auch Sonntags geöffnet. 157R

Nähmaschine 20,-, Säulenstr. 14,-, Kleiderstr. 18,-, Wäsche, englische Bettstellen, Küchenmöbel billigt, heute und morgen. Dresdenstraße 124. 2073R

Reichgehalt Vorläufer, Hiltich 3,85, Wäsche 6,55, ganze Dekoration, Inventur-Auflösungspreis. Teppichhaus Emil Feldore, Oranienstr. 158.

Teppichhaus Lesbore, Oranienstraße 168, jetzt Inventur-Auflösungspreis. Extrarabatt gratis. 1907R

Taschenbuch für Gartenbesitzer. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Hebbel. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Geschäftsverkäufe.

Restaurations, zwei Vereine, anschließende Wohnung, 70 Tiere, Billaud, Pianino, 1000 Mark. Oranienstraße 89. 2934R

Seifengeschäft frankfurterhölzer billigt veräußert. Ankerbrotstraße 9.

Blätterei, vollkommener Maschinenbetrieb, elektrisch, 2000 Mark, Berlin N., Ruppinerstraße 21, IV gerabegut. 145R

Fahrräder.

Fahrradvertrieb Groß-Berlin, 8 Verkaufsstellen: Neue Schönhauser Straße 9, Drummens-Str. 145, Bad-Str. 9, Schönhauser Allee 148, Müller-Str. 13, Lurms-Str. 25, Maagen-Str. 20, Charlottenburg, Spandauer Berg 29. Billigste, beste Bezugsquelle, neue Fahrräder 45,00, 48,00, 55,00, Kaufbeden von 2,50 an, Katernen von 0,85 an. Auslieferung sämtlicher Reparaturen in eigenen Werkstätten. 1594R

Möbel.

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben. Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisbilligkeit; auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Kopenstr. 4, Schleißer Bahnhof, 1961R 14/19

Widertischerer, Darnau, Wäldermerker, gegründet 1901, Stallstraße 57 (Worlage), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigen Preisen. Unübertroffene Leistungsabgabe. Enorme Auswahl. Zahlungsvereinfachung. Vormärkter 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Moebel - Voebel, Kornplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefern: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,-, 200,-, 422,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 607,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche, 347,-, Wohnzimmer, modern, 297,-, Speisezimmer 355,-, Herrenzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Ratsche 44,-, Kleiderständer 30,-, Trumeau, gefächelt 34,-, Schloß 36,-, Wäsche 55,-, Umbau 50,-, Teppiche, Kissenlager. Beschäftigung erheben. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungsvereinfachung. Gednet 8-8, Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Kupferstr. 9. gratis und franco. 1905R

86 Anleideschränke, mahagoni, nussbaum, laien, tabellose Arbeit, 60,-, mit Spiegel, Silber 87,-, kleig preiswert. Möbelwerk R. Hirschowitz, Schleißerstraße 25, an der Kochstraße. 12/1

Großverkauf, 10. Ede Kottbuser Str. 55, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. G. Schmidt, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.

W. G. Schmidt, Kirchstr. 14.

O. H. Bad, Reichs-Veteranener Platz 4, Gustav Vogel, Kopenstr. 83, H. Engels, St. Frankfurter Str. 120.

N. O. 2. Juch, Zammannstraße 12, J. Neul, Barnimstr. 42.

N. O. 2. Baumann, Bernauer Str. 9, A. Tropp, Steintor Str. 10, Karl Wars, Lohner Str. 123, Karl Weiche, Rognerstraße 49, G. Vogel, Lerchstr. 37, H. Tich, Invalidenstr. 124, R. Tschand, Ankerplatz 24.

NW. Karl Anders, Salzweidstr. 8, Werdert, Gohlfeldstr. 29, SW. G. Werner, Oranienstr. 75, Taehm, Hagelberg Str. 27, S. St. Fris, Brünnerstr. 31, F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8, SO. Paul Böhm, Lohner Weg 14/15, P. Horich, Engelstr. 15, Adlershof, Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9, Baumschulenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienak, Rauhstr. 10, Charlottenburg, Gustav Tharberg, Erlenbeimer Str. 1, Friedrichshagen, Ernst Vertmann, Köpenicker Str. 18, Grünau, Franz Klein, Bahndorfstr. 6, III, Johannisthal, Wleide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4, Karlsruher, Richard Müller, Köpenicker Str. 11, Köpenicker, Emil Köhler, Riechstr. 6, Laden, Lichtenberg, Otto Zeisel, Kronprinzenstr. 4, I, Nieder-Schöneweide, Max Brichte, Brüder Str. 14 II, Nowawes, Wilhelm Juppe, Friedländer Str. 7, Ober-Schöneweide, August Henjes, Lohner Str. 2, I, Rixdorf, W. Reinick, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50, G. Rohr, Steglitzer Str. 29/29, Rammelsburg, H. Rosenstr., Al-Borsagen 56, Schöneberg, Wilhelm Dämmer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden, Spandau, Köppen, Jagowstr. 9, Steglitz, G. Berner, Schloßstr. 119, Tempelhof, Albert Thiel, Bernauer Str. 41/42, Treptow, Robert Gramenz, Riechstr. 412, Laden, Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Thaussee 39a, Wilmsdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 26, Hof parterre, Pankow, Otto Rihmann, Wälderstr. 30, Reinickendorf, V. Gurich, Rameistr. 12.

Musik.

Pianos 100,-, Gents, Potsdamerstraße 74, I. 16/12

Pianino, hohes, goldgrüner, 115,- (Teilzahlung), Lurmsstr. 81.

Wahnpianinos, gut erhalten, Tonfälle, 200,-, Kopenstr., Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 263/3

Charlottenburg, Arbeiter, Musikfreunde! Pianos, Violinen, Klaviers, Böden, Charlottenburg, Oranienburgerstraße 23 (Vandgericht). 27815

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Glöcknerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Glöcknerstraße 81. 1905R

Platinabfälle, Gramm 4,50, Fahrgelasse, Silber, Allgold läuft Bläuel, Auguststraße 19, III. 1115

Technikum, Berlin, Reanderstraße 6 (Schinkel-Platz), Anhaber Artur Werner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunde, Lehrmeister, Werkmeister, Monteur, Annundermeister, Vorkurs, Architektur, Tagelager, Kassenkurse.

Wahnpianino wäht Kafen, Leibniz, vier Handblätter 10 Pfennige, Abholung täglich. Frau Reichert, Köpenick, Grünauerstraße 41. 14/9

Kompagnon, tätigen, mit 1500 bis 2000, zwecks Auszahlung kranker Kollegen, sucht stotter Fabrikgeschäft. Postlagerkarte 12, Postamt 112. 14/9

Frische Blumen, Spezialität: „Berichtstränge“ bester Ausführung, Oberstr. 24. 17/84

Vermietungen.

Wohnungen.

Zwei Einzimmer, Zubehör, sofort, auch später. Sonnenburgerstr. 27.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, allein, 13,00, inklusive. Wagner, Rixdorf, Donaustr. 129.

Möblierte Schlafstelle, sofort oder 15. Herrn, allein. Wilmssee, Wegscheiderstr. 35, II. 1128

Schlafstelle vermietbar, Sebastianstraße 6, Hof parterre. 17/13

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Schriftgewandter Genosse sucht Nebenbeschäftigung. Offerten unter „Arbeit“ an „Vorwärts“-Ausgabestelle, Steintorstraße 10. 14/2

Stellenangebote.

Schleifer auf Kupfer- und Messingplatten verlangt sofort. Leopoldstr. 12. 1134

Geldschrankschloffer verlangt Brandes, Alexandrinerstraße 118.

Schweizerbegen, vertraut mit Postenpreise, sofort verlangt. Offerten unter „G.“, Expedition des Blattes.

Wohnenden Nebenverdienst bei täglich vierstündiger Arbeitszeit, nur vormittags, erhalten Frauen. Vorstellung Donnerstag, vormittags 10-11 Uhr, Fischerstraße 36, Hof rechts parterre. 2941b

Zeitungsfrauen sofort verlangt, Kopenstr. 48, Laden. 17/12

Zeitungsfrauen sofort verlangt, Königstraße 56/57. 17/11

Zeitungsfrauen sofort verlangt, Brünnerstraße 41, Keller. 16/14

Zeitungsfrauen sofort verlangt, Schiffbauerdamm 1. 16/15

Schürzenmädchen, Schwarz, im Hause. Genzel, Rixdorfstraße 5.

Parteisekretär.

Für den 16. (tägl. Reichstagswahl) Kreis Chemnitz wird ein Parteisekretär zum baldigen Antritt gesucht. Nur solche Bewerber, die sich über ihre bisherige Tätigkeit in Bezug auf Organisation und Agitation ausweisen können. Gelage sind bis 11. Februar an Albin Langer, Chemnitz, Brühl 22, zu richten. 287/9

Die Stellung eines Verwalters unserer Fabrikde Troppow wird mit dem 1. April d. J. frei und ist zu diesem Termin, eventuell auch früher, neu zu besetzen.

Bewerber, im Antragslofenwesen durchaus erfahrene Bewerber wollen sich unter Beifügung von Zeugnissen über ihre bisherige Tätigkeit und Lebenslauf sofort schriftlich an den Untergeschäft unter Bezeichnung „Bewerbung“ melden. Die Akte der Bewerber wird mit dem 10. Februar 1911 geschlossen. Entschädigung 1800 R. per anno. Bewerber hat ein für Kassenzwecke geeignetes Zimmer zur Verfügung zu stellen, wofür ihm eine jährliche Miete von 300 R. vergütet wird, eine Kaution von 750 R. ist zu hinterlegen. 217/18

Der Vorstand
der

Gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Adlershof und Umgegend.

Max Knappe, Vorsitzender, Berlin NO. 55, Gmachstr. 20.

Achtung! Achtung!
Mützen- und Hutmacher!
Geberit für Mützen und Hutmacher die Firma S. G. Richter u. Co., Markstr. 50. 102/3

Deutscher Kürschnerverband,
Hilke Berlin.
Zentralverband der Hutmacher,
Hilke Berlin.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik und Lohn-differenzen sind geberit:
Tischlerei Böhmsch & Co.,
Gandstr. 35.

Knopffabrik Kaal & Thiemann, Rixdorf, Wälderstr.
Pianofabrik Zeiler & Winkelmann, Brandenburgerstr.
für Maschinenarbeiter Breslau
Das Berliner Arbeitsmittelenvermittlungsbureau d. geiden „Handwerkerkassenverbandes“
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

